

Wilm Ed.

Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nummer 1 — 2

Jänner/Februar 1977

2 Schilling

1934 — Gedanken zum Gedenken

An jedem Jahrestag des 12. Februar 1934 wird einem immer mehr bewußt, wie viel über das blutige Geschehen in jenen Tagen schon geschrieben und gesagt worden ist. Und wenn man dann mit der Gegenwart vergleicht, dann stellt man fest, es ist noch lange nicht genug geschrieben.

Erinnern wir uns doch: Die Arbeiterschaft und ihre Partei blieb den Parolen treu, die jedes pseudorevolutionäre Abenteuerertum ablehnte. Und in den Jahren 1933 verhielt sie sich trotz aller Provokationen und Gewalttaten zurückhaltend und zögernd, jedoch bereit, sich zur Wehr zu setzen gegen jede faschistische Gewalt. Es war Otto Bauer — und das darf nie vergessen werden —, der angesichts des drohenden Bürgerkriegs noch einmal warnte, daß er vor keiner Mutter dieses Landes verantwortet werden könnte, so lange nicht alle Möglichkeiten einer vernünftigen Verständigung ausgenützt worden wären!

Es kam dennoch zum Februar 1934, zum Untergang der Demokratie in Österreich, zur Errichtung einer faschistischen Diktatur. — Heute wissen wir: Diese tragischen Tage haben Österreich in der Welt einen neuen Namen gegeben.

Das Risorgimento ging in der Schmach des italienischen Faschismus fast kampflos unter; die Weimarer Republik kapitulierte trotz mancher Abwehrversuche vor der triumphierenden Gewalt des Ungeists der Nazibarbarei. — Aber in Österreich, dem kleinen, oftmals gar nicht ernstgenommenen Lande, dem so mancher sogar seine Lebensfähigkeit absprechen wollte, hier waren es die sozialdemokratischen Arbeiter, die als erste in der Welt der faschistischen Gefahr mutig entgegentraten. Und im Todeskampf der österreichischen Freiheit bewiesen sie die Lebenskraft der internationalen Demokratie. Hier darf ein Wort von Karl Marx zitiert werden, der vor nunmehr fast genau 125 Jahren schrieb:

„Eine Niederlage nach hartnäckigem Kampf ist eine Tatsache von ebenso revolutionärer Bedeutung, wie ein leicht gewonnener Sieg.“

Der Februar 1934 war historisch betrachtet vielleicht nur eine Episode in der europäischen Geschichte: Der Tod und Verderben bringende Faschismus war schon auf dem Marsch, mit dem er die Eroberung und Unterdrückung halb Europas begann; eines Europas, das sich erst jetzt, fast fünf Jahrzehnte später mühselig seiner letzten blutigen Überbleibsel zu befreien anschickt. Aber ebenso historisch betrachtet steht eines unverrückbar fest: Es waren österreichische Arbeiter, die der Welt bewiesen haben, daß Demokratie wert ist, gelebt zu werden.

Es waren unsere Schutzbündler, die die Waffen für Demokratie und Freiheit erhoben und auf den Barrikaden unter Beweis stellten, daß sie bereit waren, dafür auch in den Tod zu gehen. Das bleibt ihr unvergänglicher Ruhm, der um so hehrer ist, als in der Welt von heute Unfreiheit, Gewalt und Terror in mancherlei Gestalt sich breit machen.

Die Freiheit aber ist unteilbar!

Immer wieder Faschismus – ein Überblick

Nach dem militärischen Sieg über den Faschismus im Jahr 1945 schien es undenkbar, daß in Österreich jemals wieder faschistische Propaganda und Organisationen auftauchen könnten. Aber bedingt durch eine völlig verfehlte, im Formalen steckengebliebene Entnazifizierung, durch den Rückgriff aller Parteien auf die Wählerstimmen der (ziemlich zahlreichen) ehemaligen Nazis und auch durch das gesamte außenpolitische Klima, insbesondere durch den kalten Krieg, konnte sehr bald von einem antifaschistischen Klima in Österreich keine Rede mehr sein. Das sogenannte nationale Lager formierte sich wieder, vor allem in dem damaligen VdU, aber auch in zahlreichen anderen Organisationen, in denen es faschistisches Gedankengut mit nur geringen formalen Unterschieden gab. Als Ausdruck dieses sich wieder faschistisch präsentierenden Klimas ist die Affäre um Professor Taras Borodajkewycz im Jahr 1965 noch besonders in Erinnerung.

Nach der rein gesetzlichen Lage sieht die Situation erheblich problemloser aus, da eine Verurteilung von Neofaschisten äußerst selten vorkommt. Diese Tatsache ist jedoch nur darauf zurückzuführen, daß die Behörden und die Staatsanwaltschaften in ihrem Vorgehen gegen neofaschistische Aktivitäten sehr zurückhaltend sind, obwohl insbesondere in den Artikeln 5, 7, 9 und 10 des Staatsvertrages aus dem Jahr 1955 sehr klare Bestimmungen verankert sind, und obwohl das Strafgesetz im sogenannten Verhetzungsparagrafen jede Form von zumindest offenem Rassismus unmöglich machen sollte. Gerechtfertigt wird diese Haltung des Innenministeriums mit dem Argument, daß rechtsradikale Gruppen besser unter Kontrolle gehalten werden können, wenn sie nicht in den „Untergrund“ gedrängt würden. Dieser Standpunkt führt in der Praxis zu ungehemmter neofaschistischer Aktivität.

Die typischen Merkmale dieses faschistischen Phänomens sind:

Das Bekenntnis zum Deutschtum in jeglicher Form, daraus resultierend die Ablehnung der österreichischen Nation und der österreichischen Eigenstaatlichkeit.

Die Verherrlichung Hitlers und der NS-Vergangenheit, damit verbunden die Verniedlichung von NS-Verbrechen und der deutschen Kriegsschuld, gleichzeitig die Verherrlichung der Wehrmacht und der SS und die Verunglimpfung von Widerstandskämpfern, die Betonung der Kriegsverbrechen der Alliierten, das Eintreten für einen Schlußstrich unter die NS-Vergangenheit.

Die Diskriminierung von Rassen und Völkern in allen Varianten, vor allem in Form des Antisemitismus und heute, der österreichischen Situation entsprechend, in Form der Feindschaft gegen Minderheiten und Gastarbeiter.

Antisozialismus und Antikommunismus als Motivation breiter Schichten für das faschistische Gedankengut.

Die Zersplitterung des heutigen rechtsradikalen Lagers ist zwar groß, in der Summe ergibt sich jedoch ein nicht unbedenkliches Bild. Die bedeutendste und auch aktivste neofaschistische Gruppe ist die Nationaldemokratische Partei (NDP), die 1967 von Dr. Norbert Burger gegründet wurde. Zu ihrem Aktionskreis gehört die von ihr abgespaltene, aber noch radikalere Gruppe „Aktion Neue Rechte“ (ANR), die vor allem als Schlägertruppe auftritt. Zwei behördliche Auflösungen der ANR blieben bisher erfolglos. Gleichfalls (1975) behördlich aufgelöst sind der „Bund volkstreuere Jugend“ (BVJ) des Vorarlbergers Walter Ochsenberger und das „Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes“ von Lisbeth Grolitsch, das besonders im Mai dieses Jahres durch das geplante Treffen „1000 Jahre deutsche Ostmark“ auf sich aufmerksam gemacht hat. Es gibt auch einzelne Persönlichkeiten, die mehrere neofaschistische Organisationen repräsentieren. Charakteristisch für solche Personen ist Robert H. Drechsler, ein ehemaliger Angehöriger der SS-Truppe „Branden-

burg“, der vom Rechtsradikalismus sehr gut lebt und unbehelligt neofaschistisches Gedankengut in krasser Form verbreitet.

Eine richtige Einschätzung der heutigen Situation läßt sich aber auch aus der Mitgliederliste des „Nationalen Ideologiezentrums“ (NIZ) von Heinz Goldner-Goldenfels herauslesen, das 1974 in Wien seinen ersten Konvent abgehalten hat. Zu seinem innersten Kern gehören etwa Dr. Ing. Leopold Tavs, NSDAP-Landesleiter, Eduard Frauenfeld, NSDAP-Gaupropagandeamt Wien, Hans Dörfler, NSDAP-Kreisleiter, Fritz Stüber, NS-Barde und früherer VdU-Abgeordneter, sowie der neofaschistische Dichter Konrad Windisch. Eng verbunden sind dem NIZ Dr. Norbert Burger (NDP), der belgische SS-Führer Robert Jan Verbelen, der zum Nationalfeiertag 1975 in Bruck an der Leitha von einem Funktionär einer Großpartei zum Vortrag eingeladen wurde, Dr. Danneberg vom Turnerbund und Dr. Robert Körber, Verfasser des Hetzwerkes „Rassesieg in Wien“, der 1942 Wiener Juden denunzierte.

Eine stärkere Bedeutung haben aber große, mitgliederstarke Organisationen des rechtsradikalen Lagers, die als gemäßigt auftreten, wie etwa der „Österreichische Turnerbund“ (ÖTB). Der ÖTB vertritt nicht nur offen jede Form der faschistischen Ideologie, er steht auch mit den verschiedenen neofaschistischen Gruppen in engem Kontakt, versteht dies jedoch auch seinen eigenen, zum großen Teil „unpolitischen“ Mitgliedern zu verbergen. Einen besonders gefährlichen Einfluß, vor allem auf die Jugend, haben die verschiedenen Veteranenverbände. Neben einigen kleineren, sehr radikalen und zum Teil als eindeutige SS-Nachfolger organisierten auftretenden Verbänden ist hier der „Österreichische Kameradschaftsbund“ (ÖKB) zu nennen, der eng mit dem österreichischen Bundesheer zusammenarbeitet und von seinem Mitglied Bundesminister Lütgendorf auch gefördert wird. Eine große und anerkannt neofaschistische Organisation, die besonders in den letzten Monaten von sich reden gemacht hat, ist der „Kärntner Heimatdienst“ (KHD).

Der Kontakt zwischen den verschiedenen neofaschistischen Organisationen ist sehr eng, sehr häufig treten sie in Aktionseinheit auf. Von großer Bedeutung ist auch der Einfluß neofaschistischer bundesdeutscher Zeitschriften („National-Zeitung“, „Deutsche Wochenzeitung“ usw.), deren Verbot bis zum heutigen Tag noch immer nicht durchgesetzt werden konnte.



Warnung vor Neonazismus

Die Arbeitsgemeinschaft Bayrischer Verfolgtenorganisationen hat unter Hinweis auf die gesteigerten Aktivitäten auf der äußersten politischen Rechten an den westdeutschen Bundesminister Maihofer appelliert, Maßnahmen zur Verhinderung der Versuche einer nationalsozialistischen Restaurierung zu ergreifen. In dieser Eingabe heißt es unter anderem:

„Es kann Ihnen und den Mitgliedern der Bundesregierung nicht entgangen sein, wie sich die Hitler-Nostalgie in Filmen, Literatur und Medien ausbreitet und in gefährlichen Halbwahrheiten unserem Volk, insbesondere aber unserer Jugend, ein falsches, verlogenes Bild unserer jüngsten deutschen Geschichte — der NS-Vergangenheit — vermittelt.“

Die Arbeitsgemeinschaft fordert das Verbot aller neonazistischen Organisationen und Publikationen sowie aller Aufmärsche der ehemaligen Waffen-SS wie auch jeglicher Verbreitung nationalsozialistischer Ideen.

Gegen Nazi-Wiederbelebungsversuche

Mit den vielfältigen Tendenzen, die verbrecherische Nazi-Vergangenheit zu verniedlichen und womöglich auch noch zu verherrlichen (!), beschäftigte sich unsere Genossin Anneliese Albrecht im Verlauf der Budgetdebatte in einer der Sitzungen des Nationalrates.

Genossin Anneliese Albrecht wies darauf hin, daß in jüngster Zeit auch auf dem Büchermarkt immer wieder versucht werde, Angehörige der NS-Prominenz aus der Mottenkiste der Geschichte hervorzuholen und sie publizistisch aufzuwerten. Und sie zitierte einen Grazer Verlag, der mit Buchtiteln aufwartet wie „Die Kriegsschuld der Sieger“, „Ursprung der Hitler-Bewegung“ oder „SS-Sturmabteilung 500 am Feind“ — Bücher, die alle nicht im entferntesten einen „positiven“ Beitrag zu einer etwaigen Vergangenheitsbewältigung darstellen, sondern schlicht und einfach ausgedrückt der Versuch sind, den in Blut, Schrecken und Zerstörung verkommnen „Glanz“ jener Vergangenheit, die „bewältigt“ werden soll, wieder aufzufrischen!

Solche Versuche stellen aber in Wahrheit eine echte Gefahr von rechts dar, besonders im Hinblick auf unsere Jugend, der man die Wirklichkeit durch einen nicht praktizierten Unterricht in Zeitgeschichte lange überhaupt ganz vorenthalten hat. Und diesen Gefahren von rechts darf man keinesfalls blind gegenüberstehen; solchen Strömungen muß vielmehr mit allen zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln wirkungsvoll begegnet werden. Hier handelt es sich um eine große gemeinsame Aufgabe, die vor vielen anderen den Vorrang haben müßte!

Unser Bund wird sich auch auf der kommenden Bundeshauptversammlung mit diesen neofaschistischen Unterwanderungsversuchen ausführlich beschäftigen.

Dabei wird es vor allem darauf ankommen, einmal mehr die Frage des Geschichtsunterrichtes zu diskutieren, dem auch aus einem anderen Gesichtswinkel

betrachtet, in diesen Tagen besondere Bedeutung zugesprochen werden muß: Denn „was soll denn die Jugend noch alles lernen“, wenn Stimmen laut werden, „... fünf Tage sind genug“! Und nun die Zeitgeschichte noch dazu? Und trotzdem:

Der Geschichtsunterricht in unseren Schulen darf nicht mit den Jahren 1918 oder 1945 enden, sondern er muß bis in die Gegenwart geführt werden. Zeitgeschichte darf man nicht noch länger verdrängen, denn nur aus ihr kann die Jugend den Wert einer gefestigten Demokratie lernen.

Das wiederholte auch Genosse Alfred Dallinger am 2. Dezember 1976 bei der Eröffnung der Ausstellung „Austria Renovata“ in der Österreich-Abteilung der Nationalbibliothek in Wien. Diese Ausstellung wird von der Gesellschaft Pro Austria veranstaltet, der auch der ÖGB angehört; sie zeigt Bilder und Dokumente aus dem Jahr 1945, dem Jahr der österreichischen Wiedergeburt. Genosse Dallinger betonte in seiner Rede auch, daß jedem Angriff extremer Gruppen auf die Demokratie schon in den Anfängen energisch begegnet werden muß.

Im Rahmen der Ausstellungseröffnung wurde auch ein Lexikon zur Zeitgeschichte mit dem Titel „Schauplatz Österreich“ vorgestellt. Von dem drei Bände umfassenden Werk liegt der erste Band, der Wien gewidmet ist, schon vor. Wichtige Ereignisse ab dem Jahr 1900 werden zu den in alphabetischer Reihenfolge angeführten Straßen, Gassen und Plätzen aufgezählt und durch Literaturangaben ergänzt. Die Bände 2 und 3, die im Laufe des Jahres 1977 erscheinen werden, behandeln mehr als 1500 Orte in allen Bundesländern.

Wir können unseren Genossinnen und Genossen nur empfehlen, die überaus interessante Ausstellung der Österreichischen Nationalbibliothek zu besuchen und auch Freunde und Bekannte dazu einzuladen.

NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ●

NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ●



NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ●

12. Februar 1934

● NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN ● NIEMALS VERGESSEN

Das war in Mauthausen

Wie in jedem Konzentrationslager, so auch in Mauthausen, war es das Bestreben der politischen Häftlinge, den Selbstverwaltungsapparat in die Hand zu bekommen. Die seit dem Jahr 1938 bestehende Vorherrschaft der kriminellen Häftlingsfunktionäre sollte beseitigt werden. Die Häftlingsselbstverwaltung war bis Ende 1943 nur der verlängerte Arm des SS-Unterdrückungssystems. Ihre Struktur, Aufgabenstellung und die Besetzung der Funktionen wurden von der SS entschieden. Wer den internen Verwaltungsapparat besaß oder teilweise kontrollierte, konnte gegen den SS-Terror besser bestehen, konnte ihn zumindest teilweise abschwächen, gegen gewisse Maßnahmen der SS-Organe kämpfen oder diese zum Teil verhindern und schließlich im Rahmen der begrenzten Lagermöglichkeiten zur allgemeinen Überwindung des SS-Systems beitragen. Das unterirdische unerbittliche Ringen zwischen den Kriminellen und den Politischen um die Häftlingsselbstverwaltung begann im Oktober 1939. Erst ab Sommer 1944 konnte ein Teil der einflußreichsten Funktionen mit politischen Häftlingen besetzt werden.

Gegen eine Widerstandsorganisation, die die große Masse von Häftlingen erfassen konnte, wirkten die bei vielen Häftlingen vorhandene Lethargie und die kurze Lebensdauer der Lagerinsassen.

Wer von den Häftlingen unmittelbar nach seiner Einweisung das Glück hatte, in der Tischlerei, Schlosserei, Schneiderei oder in einer der anderen Werkstätten oder sogar in den Lagerschreibstuben und Küchen unterzukommen, dem bot sich eine gewisse Chance, das KZ zu überleben. Alle anderen Häftlinge — und zwar ungefähr 70 Prozent (!!) —, die entweder im Steinbruch, beim Lageraufbau und vor allem beim Stollenbau in den Nebenlagern oder in den Strafkompagnien eingesetzt wurden, sind bis auf die Anweisungshäftlinge und gewisse Ausnahmen unweigerlich binnen weniger Monate oder Wochen gestorben.

Es ist verständlich, daß dieses bewußt auf rasches Sterben abgestimmte Lagersystem mit seinen vorwiegend kriminellen Häftlingsfunktionären eine schier unglaubliche Differenzierung und Rangordnung innerhalb der Häftlinge schuf, was die Gegensätze wesentlich verschärfte. An sich unterschieden sich die Häftlinge durch ihre völlig verschiedenen Bildungsgrade, durch ihre Berufe, weiter durch ihre Intelligenz und zwar sowohl als Individuum als auch im Rahmen ihres nationalen Charakters. Sie hatten unterschiedliche Lebensauffassungen und Eigenarten, sie stammten aus allen gesellschaftlichen Schichten und hatten demzufolge auch unterschiedliche politische Ansichten und religiöse Bekenntnisse. Dazu kam noch, daß sich die aus ganz Europa stammenden Häftlinge im Mauthausner Sprachenwirrwarr schlecht verständigen konnten. Diese natürlichen und von der SS bewußt geschürten Gegensätze konnten bei der Masse der Häftlinge nur dadurch behoben werden, daß sie sich alle gemeinsam als Opfer des Nazismus fühlten.

Mit diesem Lagersystem und den erwähnten Gegensätzen ist es der Lager-SS jahrelang gelungen, das Häftlingskollektiv bis ins kleinste zu zerschlagen: Vielfach in der Hoffnung, der physischen Ausrottung zu entgehen, bekämpfte eine nationale Gruppe die andere, und innerhalb der einzelnen Nationen kam es nicht selten zu Auseinandersetzungen. Deshalb konnte innerhalb der Masse der Mauthausner Häftlinge bis Herbst 1944 keine breite illegale Abwehrfront gegen die SS-Leitung organisiert werden. Diese Tätigkeit war den politisch bewußten Häftlingen und bestimmten Häftlingsfunktionären vorbehalten. Den politisch bewußten Häftlingen aber auch nur dann, wenn sie in einem der Arbeitskommandos Beschäftigung fanden.

Bereits im Jahr 1939 entstand nach dem Eintreffen der 1600 Dachauer Häftlinge innerhalb der Gruppe der deutschen und österreichischen politischen Häftlinge (Sozialisten, Kommunisten und Bibelforscher) eine illegale Solidarität. Nach dem Eintreffen der Polen,

Die Antwort auf unseren Protest

...betont, daß die eingelangten Beschwerden zu Recht bestehen.

Nun liegt es am ORF, die entsprechenden Schlüsse zu ziehen und zu handeln. Anlässe und geeignete Sendereihen gibt es ja genug.

doch vor allem der republikanischen Spanier, der Tschechen und Jugoslawen bildeten sich innerhalb jeder dieser Nationen kleinere Gruppen, die nach den gegebenen sehr geringen Möglichkeiten ihren Landsleuten Hilfe angedeihen ließen. Man versuchte, einzelne Häftlinge aus dem Steinbruch oder aus der Strafkompagnie herauszuholen und sie in anderen, weniger gefährlichen Arbeitskommandos unterzubringen.

Im Frühjahr 1944 bildete sich im Hauptlager eine illegale leitende Gruppe, bestehend aus einem tschechischen und drei österreichischen Häftlingen.

Vermutlich im gleichen Jahr wurden Leitungsgremien innerhalb der tschechischen, französischen, italienischen, spanischen, sowjetischen, deutschen und österreichischen nationalen Gruppen gebildet und militärische Häftlingseinheiten aufgestellt. In den Tagen der Befreiung entstanden auch nationale Komitees.

In den Tagen vom 5. bis 7. Mai 1945 bestand die Gefahr, daß die Lager Mauthausen und Gusen von den zurückweichenden SS-Einheiten besetzt werden. Deshalb haben die militärischen Häftlingseinheiten in der Umgebung von Mauthausen und Gusen alle strategischen Punkte besetzt. Zu Kampfhandlungen kam es auf der Mauthausner Brücke.

Februargedenk Kundgebung

Zum Gedenken an die Opfer der Februarkämpfe des Jahres 1934 fand am Samstag, dem 12. Februar 1977, so wie alljährlich unser Schweigemarsch zum Mahnmahl für die Opfer des Faschismus auf dem Wiener Zentralfriedhof statt.

Schon um 8.45 Uhr hatten sich Hunderte von Genossinnen und Genossen beim 2. Tor des Wiener Zentralfriedhofs eingefunden; pünktlich um 9 Uhr setzte sich der Zug schweigend in Bewegung. An der Spitze marschierte wieder eine starke Delegation der Sozialistischen Jugend mit roten Fahnen.

Nach der Kranzniederlegung ergriff Genosse Josef Hindels das Wort zu einer kurzen Ansprache. Denn die sozialistischen Freiheitskämpfer betrachteten es als eine Beleidigung der Opfer des Faschismus und geradezu als eine Schande für unser Land, daß just am Vorabend des 12. Februar der Vertreter der neofaschistischen NDP, Norbert Burger, Gelegenheit hatte, im Fernsehen zu Wort zu kommen. Und Genosse Hindels gab die Erklärung ab, daß der Bundesvorstand der sozialistischen Freiheitskämpfer zu den schärfsten Protestaktionen gegen diese ständigen Herausforderungen seitens des ORF entschlossen sei.

Die Kundgebung vor dem Mahnmahl wurde mit der „Internationale“ geschlossen, worauf sich alle Teilnehmer zu den Grabstätten von Otto Bauer und Viktor Adler begaben.

ORF

ÖSTERREICHISCHER RUNDFUNK
HÖRER- UND SEHERVERTRETUNG

An die
Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände
und Widerstandskämpfer Österreichs

Castellezgasse 35
1020 Wien

=====

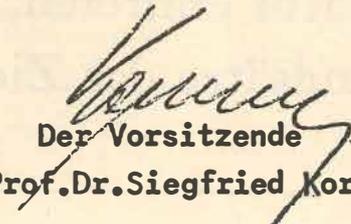
Wien, am 1. Dezember 1976
386/76

Sehr geehrte Herren !

Ich bestätige den Empfang Ihres am 3.11.1976 an die Hörer- und Sehervertretung gerichteten Schreibens und einer Kopie eines gleichlautenden Protestes, der am gleichen Tag auch an den Generalintendanten des ORF gesandt wurde.

Die Hörer- und Sehervertretung hat sich mit dem "Club 2"-Gespräch vom 28.10.1976 mit Henriette von Schirach auseinandergesetzt und das Problem eingehend diskutiert. Sie kam zur Auffassung, daß die Sendung ihr Ziel, ein zeitgeschichtlicher Beitrag zu sein, von der Person der Frau Schirach und von der Diskussionsleitung her, nicht erreicht hat. Es wurde betont, daß die eingelangten Beschwerden zu Recht bestehen. Die Hörer- und Sehervertretung sprach weiters die Empfehlung aus, in Hinkunft bei der Auswahl von Themen und Gesprächspartnern große Sorgfalt walten zu lassen, um eine Wiederholung einer Diskussion wie am 28.10.1976 zu vermeiden.

Mit meinen besten Empfehlungen


Der Vorsitzende

Univ. Prof. Dr. Siegfried Korninger

Lidice und Theresienstadt

Am 28. und 29. August 1976 führte der Landesverband Burgenland eine Gedenkfahrt nach Lidice und Theresienstadt durch.

Die Delegation unter der Leitung des Landesobmannes Stefan Billes setzte sich aus Teilnehmern der Bezirke Eisenstadt, Neusiedl, Oberpullendorf und Matersburg zusammen und schloß auch Frauen und Jugendliche ein, die am Freiheitskampf gegen den Hitlerfaschismus aus Altersgründen nicht teilgenommen hatten.

Die Abfahrt in die ČSSR erfolgte von Eisenstadt um 5.30 Uhr morgens. In Tabor, dessen Kreisstadt in der Geschichte der Hussitenbewegung eine dominierende Rolle spielte, kam der von tschechischer Seite bestimmte Reiseleiter zu uns, dem die Aufgabe oblag, unsere Gruppe durch das Reiseprogramm zu führen. Er führte uns mit großer Sachkenntnis und profundem Wissen in perfektem Deutsch während der zwei Tage durch sein Land.

Der nächste Tag war dem Besuch der Gedenkstätten Theresienstadt und Lidice gewidmet.

Theresienstadt war das Übergangslager für Häftlinge, die zur Vergasung in den Konzentrationslagern bestimmt waren. Die Festung hatte zwar weder Krematorien noch Gaskammern, umso grausamer ging das Morden vor sich. Es fehlen die Worte, um all die Abscheulichkeiten auszudrücken, unter denen die Todeskandidaten bis zum bitteren Ende zu leiden hatten. Da gab es eine „Abteilung“, die den Folterknechten ihre „Tätigkeit“, sprich Tötung der Insassen, abnahm: Ein-Mann-Zellen mit einem vergitterten Fenster im Ausmaß von 10 mal 10 cm, in denen acht Menschen mit der Absicht untergebracht wurden, nach vorberechneter Zeit qualvoll den Erstickungstod zu erleiden. Die Delinquenten konnten in diesen Zellen weder liegen noch sitzen, und von den acht Zellengenossen überlebten meist nur zwei oder höchstens drei: Für die anderen gab es kein Überleben.

Wir hielten den Atem an, als uns ein Lagerinsasse, der die Hölle der Festung überlebt hatte, berichtete, was sich in den Zellen abspielte, bevor der Erstickungstod seine Ernte hielt. Zuerst wurden den Ankömmlingen die Kleider abgenommen und durch ein paar Lumpen ersetzt. Dann erfolgte die Selektion: Jene, die in die Konzentrationslager gebracht wurden, erhielten Unterkünfte mit Liegestätten, und das Essen war so dosiert, daß sie hoffen konnten, überleben zu können. Alle übrigen, die die Festung in ihren Mauern hielt, hatten keine Chance mehr. So wanderten 160.000 Menschen aus allen Nationen Europas in die Ein-Mann-Zellen: Frauen, Männer, Jugendliche und Kinder. Ihre Leiber wurden verbrannt und die Asche in die vorbeiführende Elbe gestreut. Später sollten Krematorien errichtet werden, damit die sichere „hygienische“ Beseitigung der Leichen erfolgen könne. Dazu hatten die

SS-Leute infolge des herannahenden Zusammenbruchs allerdings keine Zeit mehr.

Nach der Besichtigung der Todeskammern von Theresienstadt erfolgte unter den gedämpften Klängen „Unsterbliche Opfer ihr sanket dahin!“ der Schweigemarsch zum Mahnmal von Theresienstadt, wo zur Erinnerung an die Toten von Theresienstadt ein Kranz niedergelegt wurde. Genosse Stefan Billes hielt eine ergreifende Gedenkrede und schloß mit dem Gedicht von Ilse Weber:

Das ist der Weg nach Theresienstadt,
Den Tausende mühsam beschritten,
Und jeder von all den Tausenden hat
Das gleiche Unrecht erlitten.
Das ist der Weg nach Theresienstadt,
Voll Leiden ungemessen,
Und wer ihn einmal gesehen hat,
Der wird ihn nie vergessen.
Wir wollen die erduldeten Leiden
niemals vergessen!

Dann folgte die Fahrt mit dem Autobus nach Lidice, der einstigen Landgemeinde von Arbeitern und Bauern, die am 10. Juni 1942 von den Faschisten niedergebrannt wurde. Alle Männer wurden niedergemetzelt, die Frauen und Kinder in Konzentrationslager verschleppt.

Die Gedächtnisstätte von Lidice beherbergt ein Museum mit Dokumentationen, in der die Ermordung der Einwohner der Gemeinde Lidice dargestellt wird.

Ein Film, den die Nazis von der Zerstörung Lidices drehten, war den Befreiern von Lidice unversehrt in die Hände gefallen. Er bildet die Grundlage für die Dokumentation der grausamen Geschehnisse und zeigt, was Lidice und seine Bevölkerung in den Stunden der Zerstörung zu erdulden hatten.

Heute ist Lidice neu entstanden. Aus allen Ländern der Welt sind Spenden eingelangt, um Lidice wieder aufzubauen. In der Nähe des Massengrabes der Opfer wurde der „Rosengarten des Friedens“ gepflanzt.

Nach der Besichtigung des Museums erfolgte der Schweigemarsch der Burgenländer zum Grabmal der Opfer. Ein Kranz gelber und roter Nelken mit der Inschrift: „Niemals vergessen!“ sollte an die Solidarität der Völker erinnern und mahnen, daß die Freiheit unteilbar ist.

Ein Rundgang im „Rosengarten des Friedens“, dem Park der Völkerfreundschaft, in dem Rosen aus aller Welt blühen, beendete die Pilgerfahrt der Delegation der burgenländischen sozialistischen Freiheitskämpfer mit einem: „Niemals vergessen!“

**Im Kampf der Ideologie gegen Opportunität
und Pragmatismus müssen wir immer
dafür eintreten, daß die sozialistischen
Grundsätze das Ziel unserer Politik bleiben.**

Das Mauthausen-Museum

Die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen sind zu folgenden Zeiten geöffnet:

24. Jänner bis 30. April:
täglich von 8.00 bis 12.00 Uhr
12.30 bis 16.30 Uhr

Das Museum Mauthausen ist auch an Sonntagen zu den gleichen Besuchszeiten allgemein zugänglich, ebenso am Ostermontag und Pfingstmontag.

Dagegen bleiben die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen an jedem anderen Montag geschlossen.

Otto Probst — 65. Geburtstag

Der Dritte Präsident des Nationalrates und frühere Minister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, Genosse Otto Probst, feierte am 29. Dezember 1976 seinen 65. Geburtstag.

Der gelernte Lithograph war von Jugend auf in der sozialdemokratischen Bewegung tätig, so als Obmann der Sozialistischen Arbeiter-Jugend in Favoriten, jenem Wiener Gemeindebezirk, der unter seiner Leitung einmal zu einem der stärksten SPÖ-Bezirke Österreichs werden sollte. Doch vorher galt es, das Überleben der Bewegung des demokratischen Sozialismus, unter dem österreichischen und dann unter dem deutschen Faschismus, zu sichern. Unter Schuschnigg ebenso wie unter Hitler mußte Genosse Otto Probst als Funktionär der illegalen revolutionären Sozialisten für Jahre ins Gefängnis und ins Konzentrationslager. Aus Buchenwald wurde er im Jahr 1943 entlassen, kam zu einer Strafkompagnie der deutschen Wehrmacht und mußte an die Ostfront.

Sofort nach dem Zusammenbruch der Nazi-Herrschaft machte sich Probst auf den Weg nach Wien. Nach einer kurzen Tätigkeit als Landessekretär der SPÖ Niederösterreich wurde er Obmann der SPÖ Favoriten, und im November 1945 wurde er in den Nationalrat gewählt, dem er ohne Unterbrechung bis heute angehört. Er ist der letzte der „45er Generation“. Ehe er zum Dritten Präsidenten der Volksvertretung gewählt wurde, war er zwei Jahrzehnte lang Obmann des Verfassungsausschusses und ein profilierter Sprecher zu vielen Verfassungs- und Verwaltungsfragen der Republik.

Im Sommer 1946 wurde Genosse Probst Zentralsekretär der SPÖ, und er wirkte in dieser Funktion führend beim Wiederaufbau der Partei mit. Von 1963 bis 1966 war er dann Minister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft.

Genosse Otto Probst ist der Typ des Wiener SPÖ-Funktionärs, des treuen Hüters sozialdemokratischer Traditionen zum Besten der Republik. Im Parteivorstand der SPÖ, dem er seit mehr als 30 Jahren angehört, spricht er stets ohne große Rhetorik, doch mit einem kühlen Hausverstand, mit größter Sachkenntnis und ganzer Hingabe an die Idee einer Bewegung, der er sein Leben lang diene.

Zu seinem 65. Geburtstag gingen Genossen Otto Probst aus allen Kreisen der Bevölkerung die herzlichsten Glückwünsche zu. Die Glückwünsche der SPÖ übermittelten Bundeskanzler Dr. Kreisky und die Zentralsekretäre Fritz Marsch und Karl Blecha in einem herzlichen Gratulationsschreiben, in dem sie ihm für seine Leistungen im Dienste der sozialistischen Bewegung in Österreich dankten.

Walter Hacker — 60. Geburtstag

Der internationale Sekretär der SPÖ und Chefredakteur der „Sozialistischen Korrespondenz“, unser Genosse Walter Hacker, feierte kürzlich seinen 60. Geburtstag.

Schon in jungen Jahren war er in der sozialdemokratischen Bewegung aktiv tätig. Als Mittelschüler und

später als Student der Medizin an der Universität Wien war er in den sozialistischen Jugendorganisationen Funktionär und wurde wegen seiner Tätigkeit in der illegalen Bewegung nach 1934 — er war einer der Leiter des „Georg-Weissel-Bundes“ — von den austrofaschistischen Gerichten zu insgesamt eineinhalb Jahren Haft verurteilt. Aus dem gleichen Grund wurde er von allen Hochschulen Österreichs relegiert.

Im Jahr 1938 ging Genosse Hacker nach Frankreich und später nach England in die Emigration, wo er im Londoner Büro der österreichischen Sozialisten mitarbeitete. In jenen Jahren war er als Journalist für United Press und zuletzt für Reuter tätig.

Als einer der ersten kehrte er dann im Mai 1945 nach Österreich zurück — er war englischer Offizier — und schlug sich in das russisch besetzte Wien durch. Zusammen mit dem späteren Botschafter Genossen Dr. Lemberger baute er im Auftrag der Partei die „Sozialistische Korrespondenz“ auf, die er bis 1951 leitete. Dann war er ein Jahr lang Korrespondent der „Arbeiter-Zeitung“ in den USA und wurde nach Österreich zurückberufen, um die Chefredaktion der „Weltpresse“ zu übernehmen, die er bis 1955 innehatte. Von 1955 bis 1963 war Genosse Hacker politischer Redakteur und stellvertretender Chefredakteur des „Neuen Österreichs“. Im Jahr 1964 ging er — er hatte nach 1945 an der Wiener Universität Ethnologie, Afrikanistik und Psychologie studiert — als Spezialattaché nach Nigerien.

Dann folgte eine Übergangszeit als freier Journalist und Mitarbeiter im Lektorat des Europaverlages. Und schließlich wurde Genosse Hacker im Jahr 1967 neuerlich Chefredakteur der „Sozialistischen Korrespondenz“. Seine internationalen Erfahrungen waren dann auch der Grund, daß er vom Bundesparteitag im März 1976 zum internationalen Sekretär bestellt wurde.

Genosse Hacker, dessen publizistische Arbeit schon im Jahr 1971 mit der Verleihung des Berufstitels „Professor“ gewürdigt wurde, gehört seit vielen Jahren zu den profilierten politischen Journalisten Österreichs. Seine zahlreichen Publikationen, darunter auch Übersetzungen englischsprachiger Autoren (Priestley, Gedye, Mboya, Buttinger und andere) und ein Gedichtband, legen Zeugnis für seine unerschütterliche Treue zum Sozialismus ab, zu dem er sich auch dann bekennt, wenn es nicht gerade opportun ist. Als aufrechter Demokrat stand er stets an der Spitze des Kampfes gegen Rassismus, Faschismus und Diktatur. Der von ihm herausgegebene Sammelband „Warnung an Österreich“ belegt als historisches Dokument den publizistischen Kampf gegen die neonazistischen Erscheinungen im Österreich der sechziger Jahre.

Fidelia Herrera ist frei

Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer hat sich gemeinsam mit anderen sozialistischen Organisationen wiederholt für die ehemalige Leiterin der Staatlichen Kindergartenorganisation Chiles, Fidelia Herrera, eingesetzt, die sich bis zum November 1976 im berüchtigten Konzentrationslager „Tres Alamos“ befand. Im vergangenen November wurde sie freigelassen und lebt nun mit ihrer Familie in Schweden.

In einem Brief schreibt Genossin Herrera, daß es die ungeheure Kraft der Internationalen Solidarität war, die in Chile vielen Männern und Frauen, die jahrelang eingekerkert waren und als Opfer einer schmachvollen Unterdrückung wehrlos der Willkür und dem Unrecht gegenüberstanden, die Gefängnistore nun endlich geöffnet hat. Sie dankt darin allen Sozialistischen Freiheitskämpfern, die sich für ihre Freilassung eingesetzt haben, darunter auch dem Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer.

Das Beispiel Fidelia Herrera zeigt, wie groß die Bedeutung der Internationalen Solidarität im Kampf gegen den Faschismus in Chile ist. Die Internationale Solidarität wird auch dazu beitragen, daß „eher früher als später“ ein neues Chile in Würde und Freiheit entstehen kann.

Erfolgreiche Verhandlungen

Das Bundesgesetz über die Hilfeleistung für politisch Verfolgte beschlossen

Nach langjährigen, schwierigen Verhandlungen wurde vom Nationalrat am 13. Dezember 1976 das Gesetz über die Gewährung von Aushilfen zur Milderung von Härten für politisch Verfolgte beschlossen. Dieses Gesetz ist am 1. Jänner 1977 in Kraft getreten.

Wir verweisen unsere Genossinnen und Genossen auf das Rundschreiben Nummer 7 vom 2. Dezember 1976, in dem wir bereits mitgeteilt haben, daß diese Aushilfen über entsprechenden Antrag über den Hilfsfonds überwiesen werden.

Die wichtigsten Bestimmungen des Bundesgesetzes:

Der Bundesminister für Finanzen wurde ermächtigt, dem Fonds für Hilfeleistungen an politisch Verfolgte 440 Millionen Schilling in folgenden Teilbeträgen zu überweisen:

Innerhalb von 30 Tagen nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes und ab 1. Jänner 1977 am Ende eines jeden Vierteljahres 30 Millionen Schilling, am 30. Juni 1980 den Restbetrag von 20 Millionen Schilling.

Der genannte Betrag ist nach Maßgabe besonderer Fondsstatuten — diese werden vom Hilfsfonds ausgearbeitet und müssen dem Finanzministerium zur Genehmigung vorgelegt werden — zur Leistung von Aushilfen an bedürftige Personen zu verwenden.

Anträge können Verfolgte stellen, die:

1. in der Zeit zwischen dem 5. März 1933 und dem 8. Mai 1945, jedoch vor dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes, in ihrem Aufenthaltsort aus politischen Gründen, welcher Art immer, besonders wegen ihrer Abstammung, Religion oder Nationalität — mit Ausnahme wegen nationalsozialistischer Betätigung — verfolgt worden sind und
2. am Tage des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes die österreichische Staatsbürgerschaft besessen haben oder am 13. März 1938 österreichische Bundesbürger gewesen sind oder vor dem 13. März 1938 mindestens zehn Jahre ununterbrochen ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt in Österreich gehabt haben.
3. Einem Verfolgten gleichgestellt sind die nicht wiederverehelichte Witwe oder unverheiratet gebliebene Lebensgefährtin (Hinterbliebene) eines Verfolgten, der in der Zeit zwischen dem 5. März 1933 und dem 8. Mai 1945 entweder

als Opfer der politischen Verfolgung das Leben verloren hat oder

als Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich

a) gefallen ist oder

b) hingerichtet worden ist oder

c) an den Folgen einer in diesem Kampfe erlittenen Verwundung oder erworbenen Krankheit oder an den Folgen einer Haft oder erlittenen Mißhandlung verstorben ist, wenn die selbst nicht verfolgte Hinterbliebene die Voraussetzungen des Absatzes 2 erfüllt.

Die Anträge auf die Aushilfe können ab sofort an den Hilfsfonds gerichtet werden. Es ist aber wichtig, daß die Antragsformulare und besonders die am Schluß angeführten Anmerkungen gut durchgelesen werden. Die Beglaubigung der Unterschrift des Antragstellers erfolgt durch den Landesverband oder die Bezirksgruppe, soweit sie über eine Stampiglie verfügt, mittels dieser und der Unterschrift des Obmannes oder seines Stellvertreters. Verfügt die Gruppe über keine Stampiglie, dann genügt die Unterschrift des Obmannes allein.

Alle Anträge sind an das Sekretariat des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Löwelstraße 18, 1014 Wien, einzusenden. Das Sekretariat leitet die Anträge dann eingeschrieben an den Hilfsfonds weiter, nachdem sie mit der Stampiglie des Bundes versehen worden sind.

Hinsichtlich der Bedürftigkeit machen wir nochmals aufmerksam, daß sie auf jeden Fall angenommen wird, wenn der politisch Verfolgte 1 Jahr in Haft war oder 6 Monate unter erschwerten Bedingungen oder einen dauernden Gesundheitsschaden von mindestens 50 Prozent erlitten hat und vor dem Jahr 1908 geboren ist.

In Wien werden Beratungsstellen eingerichtet, die dem Antragsteller bei der Ausfüllung der Fragebögen helfen und ihm zeigen, welche Rubriken für ihn in Frage kommen. Amtsbescheinigung und Opferausweis sowie der Bescheid des Amtes der Landesregierung über die Höhe der Erwerbsverminderung sind unbedingt mitzubringen.

Die Bundesländer werden ebenfalls solche Beratungsstellen einrichten und den Mitgliedern bekanntgeben, zu welcher Zeit sie dort einen Funktionär antreffen können.

Alle Landesorganisationen beziehungsweise Bezirksgruppen werden unseren Mitgliedern die Fragebögen zusenden oder sie persönlich übergeben. Einreichen sollen alle Opfer der Verfolgung!

Unser neues Parteiprogramm soll neue Lösungen für neue Aufgaben finden – aber es soll zugleich auch auf jenen Grundsätzen aufgebaut sein, die unsere Partei durch ihre Geschichte begleiten.

Antrag

an den

FONDS ZUR HILFELEISTUNG AN POLITISCH VERFOLGTE (Hilfsfonds)

A-1040 Wien, Schließfach 126

Es wird gebeten, vor Ausfüllen die Anmerkungen genau zu lesen und in Blockschrift zu schreiben oder Schreibmaschine zu verwenden.

Nur vom Büro des Hilfsfonds
auszufüllen

A.

Von allen Antragstellern auszufüllen:

1. Zuname:

Vorname:

Jetziger Beruf:

2. Im Falle einer Namensänderung früherer

Zuname:

Vorname:

3. Bei Frauen

a) Mädchenname:

b) bei Wiederverehelichung früherer

Zuname:

4. Ledig, verheiratet, verwitwet*)

Name und Geburtsdatum des Ehepartners (Lebensgefährten):

.....

5. Staatsbürgerschaft am 13. März 1938:

6. Datum und Ort der Geburt:

.....

Beweis: **)

.....

7. Genaue jetzige Adresse (mit Postleitzahl):

.....

.....

(Postfachangabe genügt nicht)

8. Adresse in Österreich am 13. März 1938:

.....

.....

Eingangsstampiglie

GZ

*) Unzutreffendes bitte streichen.

**) Ausfüllen nicht notwendig, wenn der Antragsteller vom Hilfsfonds, der Sammelstelle oder auf Grund des Opferfürsorgegesetzes Zahlungen erhalten hat.

DIE ANTRÄGE MÜSSEN BIS SPÄTESTENS 31. DEZEMBER 1978 BEIM HILFSFONDS EINGELANGT SEIN.

9. Letzte Adresse in Österreich:

Dieser Teil ist freizulassen

10. Ich habe einen Antrag gestellt*) an

a) den Alten Hilfsfonds GZ:

b) den Neuen Hilfsfonds GZ:

c) an eine der Sammelstellen GZ: /Gr. I, Gr. II *)

d) auf Grund des Opferfürsorgegesetzes
Nr. der Amtsbescheinigung bzw. des Opferausweises

e) auf Grund der Entschädigungsgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland beim Amt

GZ:

Ich beziehe eine Rente auf Grund der Entschädigungsgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland von DM..... monatlich.

f) auf Grund der Gesetzgebung für die Entschädigung der Opfer des Naziregimes eines anderen Staates

GZ:

Ich beziehe eine Rente auf Grund der Gesetzgebung eines anderen Staates als der BRD für die Entschädigung der Opfer des Naziregimes von monatlich.

11. Ich wurde in der Zeit zwischen dem 5. März 1933 und dem 8. Mai 1945 verfolgt wegen meines(er) Ehepartners(in), Lebensgefährten(in) *)

a) politischen Gesinnung**)

ja	nein
----	------

b) Abstammung

ja	nein
----	------

c) Religion

ja	nein
----	------

d) Nationalität

ja	nein
----	------

e) wegen folgender anderer politischer Gründe:

12. Ich bin zwar nicht selbst verfolgt worden, bin aber die nicht wiederverheiratete Witwe (unverheiratet gebliebene Lebensgefährtin*) eines Verfolgten, der als Opfer der Verfolgung im Kampf um ein freies demokratisches Österreich

a) gefallen ist*)

b) hingerichtet wurde

c) an den Folgen einer im Kampf erlittenen Verwundung, erworbenen Krankheit oder erlittenen Mißhandlung gestorben ist***)

*) Unzutreffendes bitte streichen.

***) Ausfüllen nicht notwendig, wenn der Antragsteller vom Hilfsfonds, der Sammelstelle oder auf Grund des Opferfürsorgegesetzes Zahlungen erhalten hat.

***) Ist von Witwen, die selbst Verfolgte sind, nicht auszufüllen.

B.

13. Nur von Antragstellern auszufüllen, die am 13. März 1938 nicht österreichische Staatsbürger waren, jedoch vor diesem Tage durch 10 Jahre ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt in der Republik Österreich hatten**)

Ich hatte in der Zeit vom 13. März 1928 bis 13. März 1938 in der Republik

Österreich meinen ständigen Aufenthalt (Adresse):

.....

.....

.....

Beweis:

C.

14. Von Antragstellern auszufüllen, welche erst nach dem 8. Mal 1945 österreichische Staatsbürger wurden und vor dem 13. März 1938 nicht durch 10 Jahre ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt in der Republik Österreich hatten*)

a) Ich wurde in (Staat) verfolgt

b) aus folgenden Gründen:

.....

.....

.....

Beweis zu a) und b):

.....

.....

c) Ich habe die österreichische Staatsbürgerschaft am
erworben.

Beweis:

.....

.....

.....

Dieser Teil ist freizulassen

*) Unzutreffendes bitte streichen.

***) Ausfüllen nicht notwendig, wenn der Antragsteller vom Hilfsfonds, der Sammelstelle oder auf Grund des Opferfürsorgegesetzes Zahlungen erhalten hat.

D.

Dieser Teil ist freizulassen

Von Antragstellern auszufüllen, für welche die unwiderlegbare Vermutung der Bedürftigkeit gilt (siehe Anmerkungen, Punkt IV).

15. Ich war aus Verfolgungsgründen Monate in Haft, davon Monate unter schweren körperlichen oder seelischen Leiden.

Beweis:

Die folgenden Punkte von 16) bis 19) brauchen nicht ausgefüllt zu werden, wenn der Antragsteller im Jahre 1908 oder vorher geboren ist.

16. Ich bin durch eine dauernde Gesundheitsschädigung als Folge einer Haft oder Mißhandlung im Zusammenhang mit einer Verfolgung in meiner Erwerbsfähigkeit um mindestens 50% gemindert.

Beweis:

(Original oder Photokopie oder beglaubigte Abschrift der OFG-Entscheidung beilegen)

17. Ich, mein(e) Ehegatte(in), Lebensgefährte(in) leide(t) an beiderseitiger Blindheit bzw. Taubheit/Krebs/Lähmung infolge eines Gehirntumors/multiple Sklerose oder Herzschwäche, die das Verlassen der Wohnung unmöglich macht, an einer Lähmung beider Beine, bzw. Arme, Verlust beider Arme, bzw. Beine*)

Beweis (ärztliches Zeugnis):

18. Ich lebe in einem aus öffentlichen oder privaten Mitteln subventionierten Alters- (Eltern-) oder Pflegeheim, und zwar:

Name des Heimes:

Adresse:

Beweis (Bestätigung der Leitung des Heimes):

19. Die Kosten des Aufenthaltes in dem Heim werden überwiegend von

Name:

Adresse:
bezahlt.

Beweis (Bestätigung der Leitung des Heimes*):

*) Wenn sich das Heim in Österreich, England, Israel oder in New York befindet, ist die Vorlage eines Beweises nicht notwendig.

20. Diese Kosten betragen monatlich

Hievon zahle ich aus eigenen Mitteln

Beweis (Bestätigung der Leitung des Heimes):

.....

E.

Von Antragstellern auszufüllen, für welche die widerlegbare Vermutung der Bedürftigkeit gilt (siehe Anmerkungen, Punkt IV).

21. Ich war aus Verfolgungsgründen Monate in Haft, davon Monate unter schweren körperlichen oder seelischen Leiden.

Beweis:

.....

22. Ich bin durch eine dauernde Gesundheitsschädigung als Folge einer Haft oder Mißhandlung im Zusammenhang mit einer Verfolgung in meiner Erwerbsfähigkeit um mindestens% gemindert.

Beweis:

.....

23. Ich, mein(e) Ehegatte(in), Lebensgefährte(in) leide(t) an beiderseitiger Blindheit bzw. Taubheit/Krebs/Lähmung infolge eines Gehirntumors/multipler Sklerose oder Herzschwäche, die das Verlassen der Wohnung unmöglich macht/ an einer Lähmung beider Beine bzw. Arme, Verlust beider Arme bzw. Beine**)

Beweis (ärztliches Zeugnis):

.....

24. Ich lebe in einem aus öffentlichen oder privaten Mitteln subventionierten Alters- (Eltern-) oder Pflegeheim, und zwar:

Name des Heimes:

Adresse:

Beweis: *)

.....

25. Die Kosten des Aufenthaltes in dem Heim werden überwiegend von

Name:

Adresse:
bezahlt.

Beweis (Bestätigung der Leitung des Heimes):

.....

Dieser Teil ist freizulassen

*) Wenn sich das Heim in Österreich, England, Israel oder in New York befindet, ist die Vorlage eines Beweises nicht notwendig.

***) Zutreffendes bitte unterstreichen.

26. Diese Kosten betragen monatlich

Hievon bezahle ich aus eigenen Mitteln

Beweis (Bestätigung der Leitung des Heimes):

27. Ich lebe in wirtschaftlich beengten Verhältnissen.

a) Mein jährliches Einkommen beträgt nach Abzug der Einkommensteuer

Beweis:

b) Ich habe für folgende Personen zu sorgen:

Beweis:

28. Wenn Sie weder an den Hilfsfonds noch an eine der Sammelstellen noch auf Grund des Opferfürsorgegesetzes einen Antrag gestellt haben, legen Sie eine Urkunde (Fotokopie) bei, aus der Ihr Geburtsdatum hervorgeht.

Dieser Teil ist freizulassen

Ich ermächtige den Fonds zur Hilfeleistung für Verfolgte (Hilfsfonds), alle wie immer gearteten, mich betreffenden, wo immer befindlichen Akten, welche nach dem Dafürhalten des Hilfsfonds zur Überprüfung meines Antrages auf Gewährung einer Aushilfe notwendig sind, einzusehen, daraus Abschriften anzufertigen und alle Auskünfte und Bestätigungen einzuholen, zu denen ich nach dem Meldegesetz und anderen Gesetzen berechtigt bin, sowie über den Stand der Verfahren Auskünfte einzuholen, in welchen ich Ansprüche nach einem ausländischen Entschädigungsgesetz, dem Opferfürsorgegesetz oder dem Auffangorganisationsgesetz anhängig gemacht habe.

Ich versichere an Eides Statt, daß die vorstehenden oder in den beigefügten Unterlagen enthaltenen Angaben richtig sind.

Ich bin mir dessen bewußt, daß vorsätzlich oder grob fahrlässig gemachte unrichtige oder irreführende Angaben die Folge haben werden, daß mir eine Aushilfe aus den Mitteln des Hilfsfonds nicht gewährt werden wird.

Ich habe zur Kenntnis genommen, daß auf Leistungen aus den Mitteln des Hilfsfonds kein Rechtsanspruch besteht.

....., am

Beglaubigte Unterschrift*)

Nur vom Büro des Hilfsfonds auszufüllen

Aushilfe wegen:

Bearbeitet:

Geprüft:

Beschlossen:

*) Die Beglaubigung kann durch jede österreichische Vertretungsbehörde im Ausland, durch ein Gericht, einen Notar, einen Justice of Peace, einen Beamten einer anerkannten Wohlfahrtsorganisation, des Alters- (Eltern-) oder Pflegeheimes oder einer anerkannten Verfolgten-Organisation erfolgen.

Anmerkungen

I.

Anträge müssen bis spätestens 31. Dezember 1978 eingeschrieben zur Post aufgegeben werden.

Anträge werden zwar unter Berücksichtigung des Alters des Verfolgten bearbeitet werden, es ist aber trotzdem in Ihrem Interesse, Ihren Antrag möglichst bald zu überreichen, auch wenn Sie einem jüngeren Jahrgang angehören.

II.

Wegen der hohen Porti können keine Eingangsbestätigungen gesandt werden. Wenn Sie glauben, durch Einschreiben Ihres Briefes nicht gesichert zu sein, dann geben Sie den Brief eingeschrieben mit einem Rückschein auf. Sollten Sie jedoch bis Anfang 1978 von uns keine Zuschrift erhalten haben, fragen Sie bei uns an, ob Ihr Antrag eingelangt ist. Frühere Urgerenzen können nicht beantwortet werden. Bedenken Sie bitte, daß jede nicht notwendige Korrespondenz Kosten verursacht, die den Betrag, den wir auszahlen können, verringern.

III.

Zur Antragstellung berechtigt sind bedürftige Personen, die

1. in der Zeit zwischen dem 5. März 1933 und dem 8. Mai 1945, jedoch vor dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes in ihrem Aufenthaltsort aus politischen Gründen welcher Art immer, insbesondere wegen ihrer Abstammung, Religion oder Nationalität — mit Ausnahme wegen nationalsozialistischer Betätigung — verfolgt worden sind und
2. am Tage des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes die österreichische Staatsbürgerschaft besessen haben oder vor dem 13. März 1938 österreichische Bundesbürger gewesen sind oder vor dem 13. März 1938 mindestens 10 Jahre ununterbrochen ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt in Österreich gehabt haben.
3. Einem Verfolgten gleichgestellt ist die nicht wiederverehelichte Witwe oder unverheiratet gebliebene Lebensgefährtin (Hinterbliebene) eines Verfolgten, der in der Zeit zwischen dem 5. März 1933 und dem 8. Mai 1945 entweder als Opfer der politischen Verfolgung das Leben verloren hat oder als Opfer des Kampfes um ein freies demokratisches Österreich
a) gefallen ist oder
b) hingerichtet worden ist oder
c) an den Folgen einer in diesem Kampfe erlittenen Verwundung oder erworbenen Krankheit oder an den Folgen einer Haft oder erlittenen Mißhandlung gestorben ist, wenn die selbst nicht verfolgte Hinterbliebene die Voraussetzungen unter Punkt III, Ziffer 2, erfüllt.

IV.

Eine Person gilt stets als bedürftig („Unwiderlegbare Vermutung der Bedürftigkeit“), wenn sie aus den oben angeführten Gründen verfolgt worden ist und nachweisbar in diesem Zusammenhang entweder mindestens ein Jahr, sofern die Haft mit besonders schweren körperlichen oder seelischen Leiden verbunden war, mindestens 6 Monate in Haft war oder durch eine dauernde Gesundheitsschädigung als Folge einer Haft oder Mißhandlung im Zusammenhang mit ihrer Verfolgung in ihrer Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 Prozent vermindert ist und entweder

- a) selbst oder deren (dessen) Ehegatte(in) oder Lebensgefährtin an beiderseitiger Blindheit oder Taubheit, an

Krebs, an Lähmung infolge eines Gehirntumors, an multipler Sklerose oder an Herzschwäche leidet, die das Verlassen der Wohnung unmöglich macht, oder an beiden Beinen oder Armen gelähmt ist oder diese verloren hat oder

- b) in einem aus öffentlichen oder privaten Mitteln subventionierten Alters- oder Pflegeheim wohnt und die Kosten zum überwiegenden Teil von einem Dritten bezahlt werden oder
- c) im Jahre 1908 oder vorher geboren ist.

V.

Bedürftigkeit ist zu vermuten („Widerlegbare Vermutung der Bedürftigkeit“), wenn ein Verfolgter entweder

- a) im Zusammenhang mit der Verfolgung nachweisbar mindestens ein Jahr, sofern die Haft mit besonders schweren körperlichen oder seelischen Leiden verbunden war, mindestens 6 Monate in Haft war oder
- b) selbst oder deren (dessen) Ehegatte(in) oder Lebensgefährtin an beiderseitiger Blindheit oder Taubheit, an Krebs, an Lähmung infolge eines Gehirntumors, an multipler Sklerose oder an Herzschwäche leidet, die das Verlassen der Wohnung unmöglich macht, oder an beiden Beinen oder Armen gelähmt ist oder diese verloren hat oder
- c) durch eine dauernde Gesundheitsschädigung als Folge einer Haft oder Mißhandlung im Zusammenhang mit einer Verfolgung in seiner Erwerbstätigkeit um einen erheblichen Prozentsatz vermindert ist oder
- d) in einem aus öffentlichen oder privaten Mitteln subventionierten Alters- oder Pflegeheim wohnt und die Kosten zum überwiegenden Teil von einem Dritten bezahlt werden oder
- e) entfällt,
- f) sich in wirtschaftlich beengten Verhältnissen befindet und diese Lage aus den persönlichen und am Wohnsitz des Verfolgten gegebenen Verhältnissen abgeleitet werden kann.

VI.

Die Aushilfe beträgt nach dem Grad der Bedürftigkeit **einmalig** mindestens S 3000.— bis höchstens S 15.000.—. Verfolgte, die die Voraussetzungen der „unwiderlegbaren Vermutung“ (Punkt IV) erfüllen, erhalten vorweg S 15.000.—.

VII.

Der Hilfsfonds erhält den Betrag von S 440.000.000.— in Vierteljahresraten von S 30.000.000.—. Antragsteller, welche die Voraussetzungen der „unwiderlegbaren Vermutung“ (Punkt IV) nicht erfüllen, können Zahlungen nur dann erhalten, wenn die „Vorzugzahlung“ gemäß vorstehendem Punkt VI gesichert ist. Da eine große Zahl der Antragsteller 1908 oder vorher geboren ist, müssen die jüngeren Jahrgänge um Geduld gebeten werden.

VIII.

Ein Rechtsanspruch auf die Zahlung einer Aushilfe besteht laut Gesetz nicht.

IX.

Wer vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben macht, veranlaßt oder zugelassen hat, die für die Leistung einer Aushilfe von wesentlicher Bedeutung sind, ist von einer Aushilfe ausgeschlossen.

Wir bitten alle Genossinnen und Genossen, die umseitigen Anmerkungen genauestens durchzulesen und empfehlen ihnen, einen entsprechenden Antrag zu stellen, sofern sie einen Opferausweis oder eine Amtsbescheinigung besitzen. Auch U-Boote können einen Antrag einreichen. Dabei wiederholen wir, daß in den Fragebogen nur jene Fragen zu beantworten sind, die sich auf den betreffenden Antragsteller selbst beziehen!

Alle Anträge sind dann an das Sekretariat unseres Bundes, Löwelstraße 18, 1014 Wien 1, einzusenden, und zwar so bald als möglich, spätestens jedoch bis zum 31. Oktober 1978, damit sie rechtzeitig an den Hilfsfonds weitergeleitet werden können.

Unsere Beratungsstellen in Wien und NÖ.

Unsere Beratungsstellen in den Wiener Bezirken helfen allen Antragstellern bei der Ausfüllung der Antragsformulare, erteilen einschlägige Auskünfte und nehmen auch die Beglaubigung der Unterschrift vor.

- 1, Reichsratsstraße 15 (Mietervereinigung), Montag und Mittwoch von 9 bis 11 Uhr
- 2, Praterstern 1, Bezirkssekretariat SPÖ, jeden Dienstag von 17 bis 18 Uhr
- 3, Landstraßer Hauptstraße 96, Bezirkssekretariat SPÖ, jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr
- 4, Wiedner Hauptstraße 60 b, 2. Stock, Bezirkssekretariat SPÖ, jeden zweiten Mittwoch von 18 bis 19 Uhr
- 5, Siebenbrunnenfeldgasse 5, Stiege 6, Parterre links, jeden vierten Mittwoch von 18 bis 19 Uhr
- 6, Otto-Bauer-Gasse 9, Bezirkssekretariat SPÖ, jeden Dienstag von 18 bis 19 Uhr
- 7, Neubaugasse 25/2/4, Bezirkssekretariat SPÖ, jeden Dienstag von 16 bis 18 Uhr
- 10, Laxenburger Straße 8—10, Bezirkssekretariat SPÖ, jeden Dienstag von 17 bis 19 Uhr (Zimmer 3)
- 11, Simmeringer Hauptstraße 80, Bezirkssekretariat SPÖ, jeden Dienstag von 16 bis 18 Uhr
- 12, Ruckergasse 40, Bezirkssekretariat SPÖ, jeden Mittwoch von 17 bis 18 Uhr
- 13, Jodlgasse 7/Stiege 3, Bezirkssekretariat SPÖ, jeden Donnerstag von 15 bis 18 Uhr
- 14, Linzer Straße 297/1. Stock, Bezirkssekretariat SPÖ, jeden Mittwoch von 16 bis 18 Uhr
- 15, Hackengasse 13/1. Stock, Bezirkssekretariat SPÖ, jeden ersten Mittwoch von 17 bis 19 Uhr
- 16, Zagorskygasse 6, Sektionslokal SPÖ, jeden Donnerstag von 18 bis 19 Uhr
- 17, Röttergasse 29 (Mietervereinigung), jeden Montag von 17 bis 18 Uhr
- 18, Gentzgasse 62, Bezirkssekretariat SPÖ, nach telefonischer Vereinbarung, Telefon 34 41 23
- 19, Gatterburggasse 2 a, Bezirkssekretariat SPÖ, jeden Dienstag von 16 bis 18 Uhr
- 20, Raffaelgasse 11, Bezirkssekretariat SPÖ, jeden Donnerstag von 17 bis 19 Uhr
- 21, Prager Straße 9, Bezirkssekretariat SPÖ, jeden Dienstag von 17 bis 19 Uhr
- 22, Donauefelder Straße 259, Bezirkssekretariat SPÖ, jeden zweiten Montag von 18.30 bis 19.30 Uhr
- 23, Breitenfurter Straße 230, SPÖ-Sektionslokal, jeden Dienstag von 9 bis 11 Uhr

Unsere Beratungsstellen in Niederösterreich helfen allen Antragstellern bei der Ausfüllung der Antragsformulare, erteilen einschlägige Auskünfte und nehmen auch die Beglaubigung der Unterschrift vor.

Baden

Baden, Wassergasse 31,
jeden Dienstag im März, 9 bis 11 Uhr (Winter/Slovacek).

Lilienfeld

St. Pölten, Prandtauerstraße 4,
jeden Freitag im März, 9 bis 11 Uhr (Gutleder).

Melk

St. Pölten, Prandtauerstraße 4,
jeden Freitag im März, 9 bis 11 Uhr (Gutleder).

St. Pölten

St. Pölten, Prandtauerstraße 4,
jeden Freitag im März, 9 bis 11 Uhr (Gutleder).

Tulln

St. Pölten, Prandtauerstraße 4,
jeden Freitag im März, 9 bis 11 Uhr (Gutleder).

Wr. Neustadt

Wr. Neustadt, Wiener Straße 42,
jeden Samstag im März, 9 bis 11 Uhr (Schramm).

**AMTSBESCHEINIGUNG, OPFER-
AUSWEIS der Magistratsabteilung
12 oder des HILFSFONDS bitte
mitbringen!**

Ernst Winkler gestorben

Unser Freund Ernst Winkler hat am 27. Dezember 1976 nach einem erfüllten Leben im Dienste der Gemeinschaft für immer seine Augen geschlossen. Er war bis zuletzt unermüdlich für die vielfältigen Aufgaben innerhalb der Partei tätig, und als er uns jetzt so plötzlich verließ, da konnten viele von uns gar nicht glauben, daß der stets hilfsbereite Streiter bereits im 78. Lebensjahr stand.

Genosse Ernst Winkler wurde in Hoberndorf im Bezirk Mistelbach, als eines von elf Kindern eines Kleinbauernhepaares, geboren. Nach der Bürgerschule — eine Mittelschule zu besuchen war ihm nicht vergönnt — wurde er Forstpraktikant. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges schloß er sich der Sozialdemokratischen Partei an.

In Wien besuchte er dann die Handelsschule und die Arbeiterhochschule, wo er ein Schüler von Otto Bauer war. Er wurde Redakteur des „Volksboten“ und Wahlkreissekretär im Viertel unter dem Manhartsberg. Vom Austrofascismus wurde er aus dem Land getrieben, aber er kehrte dennoch viele Male als Ver-

breiter der illegalen „Arbeiter-Zeitung“ nach Österreich zurück. Nach der Besetzung Österreichs durch Hitler ging er nach Norwegen und Schweden und von dort nach Amerika. An der Universität von Kalifornien lernte er als Student Professor Charles Gulick kennen, der ihn zu seinem Assistenten machte.

Als er im Jahr 1950 nach 16 Jahren Aufenthalt im Ausland wieder nach Österreich zurückkehrte, entfaltete er bald eine vielseitige Aktivität auf vielen Gebieten der Politik, Wirtschaft und Bildung. Er wurde 1956 als Abgeordneter in den Nationalrat gewählt und für seine Tätigkeit durch viele Auszeichnungen geehrt. Im Bund sozialistischer Freiheitskämpfer gehörte er dem Landesvorstand der Landesorganisation Niederösterreich an.

Mit Ernst Winkler hat die gesamte sozialistische Bewegung Österreichs einen ihrer Besten verloren — einen Mann, der in guten und in schlechten Tagen mutig zu seiner Idee stand und der mit seiner Zivilcourage und seinem Opfermut ebenso wie mit seinem unermüdlichen Arbeitseifer stets ein großes Vorbild war. Er wird niemals vergessen werden.



Josef Cmejrek fünf Jahre tot

Am Mittwoch, dem 9. Februar 1977, jährte sich zum fünften Mal der Tag, an dem unser Genosse Josef Cmejrek gestorben ist.*

Sein plötzlicher Tod war für seine zahlreichen Freunde, vor allem aber für die sozialistischen Freiheitskämpfer, ein schwerer Verlust. Genosse Josef Cmejrek, den wir alle nur „Pepi“ nannten, diente seit frühester Jugend mit heißem Herzen, voller Hingabe und persönlicher Bescheidenheit der sozialdemokratischen Bewegung. Wo immer ihn die von ihm so geliebte Partei brauchte, da war er zur Stelle, und auf ihn war stets Verlaß.

Als Schutzbündler im aktiven Kampf, als Revolutionärer Sozialist, gemeinsam mit seiner geliebten Hella, scheute er nie eine Gefahr. Und so war er unter den Austrofaschisten über ein Jahr in Haft, aber schon am 13. März 1938 um 5 Uhr früh wurde er von den Nazischergen wieder verhaftet und erst nach vier Monaten freigelassen. Ende August 1939 wurde er neuerlich verhaftet und kam in das Konzentrationslager Buchenwald: Volle sechs Jahre blieb er dort! Und wenn er selbst auch nur wenig und recht selten über diese Leidensjahre sprach, so rühmten viele prominente Haftgefährten immer wieder, was für ein beispielhafter Kamerad und treuer Sozialist unser Pepi auch in diesem Inferno gewesen ist. Ungebeugt hat Pepi jene grauenvolle Zeit überlebt, und sofort nach seiner Heimkehr nahm er mit ganzer Kraft die Arbeit für seine geliebte Partei wieder auf. Seine Liebe galt vor allem den Kindern und der Jugend. Daher konnten seine Hella und er diese Liebe als Oberverwalter des Franz-Domes-Heimes der Arbeiterkammer voll entfalten. Zuerst als Obmann der sozialistischen Freiheitskämpfer Innere Stadt, zuletzt als Obmannstellvertreter der Hernalser Freiheitskämpfer, war er auch für unseren Bund der stets verlässliche „Pepi“, unser unvergessener Kampfgefährte.

Genosse Otto Leichter hat in seinem Buch „Zwischen zwei Diktaturen“ seinem Freund Pepi wohl das schönste Denkmal gesetzt, das man sich denken kann, als er schrieb: „Josef Cmejrek, der Typus des kleinen — aber menschlich großen — Mitarbeiters der Partei! Für ihn war es eine Selbstverständlichkeit, alles zu tun, was der Augenblick erforderte: Hilfe zu leisten für die Verfolgten, die versprengten Freunde und Genossen zu sammeln und zu aktivieren. Wenn Cmejrek oder andere seinesgleichen riefen, dann weckten sie Bereitschaft und Solidarität. Genossen dieses Schicksals mißachteten die Gefahren, nahmen mit Mut und unge-

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 3/4, März/April 1972, Seite 18.

brochener Zuversicht Haft, Einkommenseinbußen und den Verzicht auf ein ungestörtes, glückliches Familienleben auf sich. Cmejrek zahlte — wie viele andere — einen hohen Preis für seinen Idealismus. Er und seinesgleichen verkörperten die unwandelbare Treue zu dem, was Otto Bauer „die Partei im historischen Sinn“ genannt hatte. Cmejrek ist einer der vielen Kämpfer. Menschen wie Otto Bauer und wie Josef Cmejrek haben auf ihre Weise ihrer Idee gedient. Vielleicht ist es gerade heute notwendig, der neuen Generation, die von dem allen kaum etwas erfahren hat, bewußt werden zu lassen, welche Bedeutung Idealismus und Grundsatztreue für die sozialistische Bewegung erlangen können!“

Der Bundesvorstand wird aus Anlaß des fünften Todestages an der letzten Ruhestätte unseres unvergessenen Genossen Josef Cmejrek einen Kranz niederlegen. Alle Genossinnen und Genossen sind eingeladen, sich seiner zu erinnern, auch wenn sie an dieser Gedenkfeier nicht teilnehmen können.



Sie wissen nicht, was sie tun

Diese Frage und die Antwort „Denn sie wissen, was sie tun“ ist in der Zeit des Erstarkens des deutschen Faschismus entstanden. Wem gebührt aber heute die Frage und wem die Antwort?

In der letzten Nummer des „Sozialistischen Kämpfers“ ist die natürliche und die konsequenteste Antwort auf die nicht nur geschmacklosen Fernsehsendungen der Nazifrauen gegeben worden, die so gerne „Waschfrauen der Mordregime werden möchten!“* Aber so ein dazugehörendes Waschmittel kann nicht erfunden werden, auch nicht mit Hilfe von Fernseh-Veranstaltungen des ORF! Kriegsverbrecher und Massenmörder können nicht „gereinigt“ werden!

Es erübrigt sich auch, mit dem Generalintendanten des ORF darüber zu diskutieren; wer solche Argumente gebraucht, ist weder Pädagoge und schon gar nicht Historiker.

Aber mit den Märchenerzählungen der Nazifrauen ist die Sache ja noch nicht zu Ende: Der Ausdruck „Verniedlichung“ kann auf viele weitere Sendungen angewendet werden. Neben guten Bildern über Kriegsfolgen und Mordregimes beginnen die Verniedlichungen schon beim „guten, alten Kaiser“. Seine Antrittszeit, das war die Niederschlagung der Revolution von 1848, in der die Bürger, Studenten und Arbeiter um etwas mehr Freiheit kämpften. Und das Ende seiner Regierungszeit war nach einer Kriegserklärung, die

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 11/12, November/Dezember 1976, Seite 3 ff.

Für eine Welt ohne Krieg und ohne Diktatur Für eine Welt der Freiheit und Menschlichkeit

den Weltkrieg auslöste, Millionen Menschen das Leben kostete und ungeheures Elend brachte. Aber er bleibt immer der Gütige, er hatte „nur schlechte Berater“, Schlachtenverlierer und Intriganten, die eigentlich regierten. Etwas „Waschpulver“ bringen monarchistische Offiziere und die Heurigsänger („Träne im Knopfloch!“). Der Heldenkampf der Arbeiter und ihrer Vertrauensleute um Presse-, Vereins- und Versammlungsrecht, um etwas Sozialpolitik, die Prozesse und Gefängniszeiten — der Kampf um das allgemeine Wahlrecht — was war das denn schon, nicht?

Aber das ist noch nicht alles. Anschließend kommen noch andere Feinde der Republik und der Demokratie im staatlichen Rundfunk zu Wort: Herr Schuschnigg, unter dessen schwarz-grünem Faschismus die Arbeiterschaft aller Rechte beraubt wurde und wir in den Gefängnissen saßen! Herr Habsburg, der 1945 die Provisorische Staatsregierung Dr. Renners in Wien damals beim Präsidenten der USA als Marionettenregierung der Sowjetunion vernadern wollte. (In der Monarchie wäre das Landesverrat gewesen!)

Das alles sollen keine Verniedlichungen sein? Aber gewisse Historiker haben noch nichts gehört etwa von einem Sozialisten-Prozeß oder von lebenden Zeugen der Verbrechen faschistischer Systeme.

Gegner der Republik und der Demokratie auf dem österreichischen Bildschirm?

Wir Seher und Hörer des ORF fragen: Wissen sie, was sie tun?

F. R. (Wien)

*

Provozierende Denkmäler?

Liebe Genossen,

beim Durchblättern der Nummer 9/10 unserer Zeitschrift „Der sozialistische Kämpfer“ vom September/Oktober 1976 ist mir der Bericht der Landesorganisation Kärnten* ins Auge gefallen. Gerade wegen der jüngsten Ereignisse in diesem Bundesland las ich die Informationen der Sozialistischen Freiheitskämpfer Kärntens mit besonderem Interesse. Leider breitete sich sehr bald eine tiefe Enttäuschung bei mir aus.

Besonders der Satz: „Von beiden Seiten möge man auch keine neuen provozierenden Denkmäler mehr errichten“ bedarf wohl einiger Bemerkungen.

Wenn die Kärntner Genossen die Aufstellung des Denkmals für den erklärten Österreichfeind und Nationalsozialisten Hans Steinacher meinen, dann kann ich ihnen nur voll und ganz zustimmen. Sie würden damit auch eindeutig den Staatsvertrag 1955 auf ihrer Seite haben, wo es im Artikel 9 heißt: „Österreich wird auch die Bemühungen fortsetzen, aus dem österreichischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben alle Spuren des Nazismus zu entfernen...“

Wenn die Kärntner Genossen damit auch die Denkmäler für die Opfer des Faschismus, für die im bewaffneten Kampf gegen den Faschismus gefallenen Partisanen meinen, dann ist das meiner Meinung nach sehr bedenklich und zeugt keineswegs von einem bewussten Antifaschismus. Gerade als Sozialistische Freiheitskämpfer müßten wir dabei eine klare Linie vertreten. Soll vergessen werden, was Genosse Bruno Kreisky in einem Geleitwort zu dem Buch „Die Steine reden — Gedenkstätte des österreichischen Freiheitskampfes. Mahnmale für die Opfer des Faschismus“ von Erich Fein geschrieben hat:

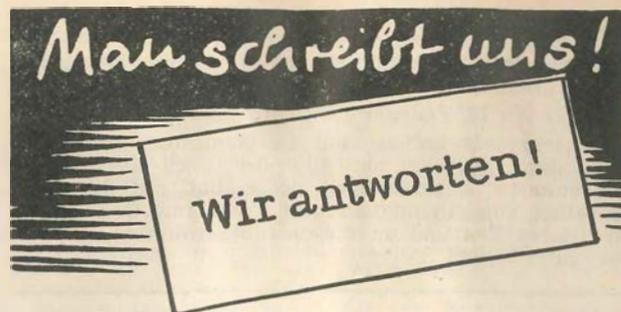
„Sie haben zur Ehrenrettung Österreichs viel getan und sind so größere Österreicher als manche, denen wir in dieser friedlichen Zeit des allgemeinen Wohlstandes allzu leicht dieses Attribut verleihen.“

Nein! Das darf niemals vergessen und darum auch nicht verschwiegen werden. Doch bin ich mit unseren Kärntner Genossen einer Meinung, wenn sie sagen, daß mit nationalistischen Emotionen Schluß gemacht werden soll.

„Freundschaft!“

H. E. (Wien 11)

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 9/10, September/Oktober 1976, Seite 15.



Wer aller tanzt ...

„Die Geschichte hat dem österreichischen Volk viele Lektionen erteilt. Wir waren dabei, als sie uns erteilt wurden, wir haben überlebt. Und wir haben die Pflicht, aus diesen blutigen Lektionen die Lehren zu ziehen, sie den Jungen aller politischen Richtungen weiterzugeben. Und wir gedenken derer, die ermordet wurden wegen ihrer unbeugsamen Gesinnung.“

Worte wie diese wurden ausgesprochen, als das Mahnmal auf dem Gelände des ehemaligen Anhaltelagers Wöllersdorf enthüllt wurde. Die Zeit vergeht aber rasch, und wieder kommen die schicksalsschweren Tage des Gedenkens an den 12. Februar 1934 heran — Tage des Gedenkens und des Mahnens. Gilt das nur noch für uns Mahner, oder ist unsere „Stimme des Gewissens“ doch nicht laut genug? Lesen wir doch einmal, was sich am 12. Februar 1977 so alles tun wird in Wien ...

Ballkalender

Samstag, 12. Feber

- Ball der Anhängervereinigung des Wiener Sportclubs, Albert-Sever-Saal.
- Ball des Österr. Siedlerverbandes, Grünes Tor.
- Ball des Freien Wirtschaftsverbandes, Haus der Begegnung, Floridsdorf.
- Ball des Tauchklubs Austria, Haus der Begegnung, Mariahilf.
- Wiener Bürgerball (ÖVP Währing), Haus Starkfried.
- Ball der Kürschner, Hotel Intercontinental.
- 18. Wiener Taxiball — Ball der Autotaxiunternehmer, Hotel Hilton.
- Alsergrunder Bürgerball, Kolpinghaus Alsergrund.
- Österr. Siedlerverband, Kränzchen, Kongreßhaus, Wien.
- Ball der Landesinnung Wien der Tapezierer, Kursalon.
- Wiener Schwabenball, Messepalast.
- Margaretner Bürgerball, Parkhotel Schönbrunn.
- Ball der Österr. Bundesgendarmerie, Sofiensäle.
- Ball der Rumänischen Kolonie, Schwechaterhof.
- Ball der Tschechischen Katholiken in Wien, Schwechaterhof.

Mittwoch, 16. Feber

- Favoritner Bürgerball, Sofiensäle.

Donnerstag, 17. Feber

- Neubauer Kleiner Opernball, Messepalast.
- „2. ÖKISTA-Gschnas 1977“, Sofiensäle.
- Opernball, Staatsoper.

Man wird im Albert-Sever-Saal und auch in einem „Haus der Begegnung“ tanzen; in Ottakring, wo das Arbeiterheim zerschossen und dabei die Gattin Albert Severs, Ida, durch einen Granatsplitter getötet

wurde, und in Floridsdorf, dessen damaliges Arbeiterheim nach schwerem Artillerie- und Minenwerferbeschuß schließlich durch Militär erstürmt wurde und anschließend in Brand geriet.

Aber am 12. Februar 1977 wird getanzt werden.

Wollen wir hoffen, daß es wenigstens ein paar Mandatäre gegeben hat, die sich nach Erhalt der „Ehrenkarte“ entschuldigen ließen und auf die Präsentation von Abendkleid und Frack mit Orden just an diesem Tag und an diesen blutgetränkten Plätzen verzichtet haben.

Adreßänderungen bekanntgeben

Wir haben von unserer letzten Aussendung wieder viele Stücke mit verschiedenen Vermerken der Post zurückbekommen und bitten daher neuerlich, uns immer so bald wie möglich eine Meldung zu machen, wenn sich Veränderungen im Stand unserer Mitglieder ergeben.

Auch von unserer Zeitung sind letztes wieder viele Exemplare zurückgekommen, auf denen der postalische Vermerk „unzustellbar“ angebracht war.

Wer ist nun „demokratischer“

Vor uns liegt der Brief eines Genossen, Jahrgang 1945, der Funktionär und Mitarbeiter ist. Und mit Recht rechnet er sich selbst zu den Jungen in unserer Partei, denn sonst hätte er sich nicht an die „ältere Generation“ gewendet, um die Antwort auf eine Problematik zu bekommen, wie sie im politischen Alltag oft zutage tritt.

Werte Genossen!

Meine Frage: Ist die FPÖ „demokratischer“ als die sogenannten Eurokommunisten? Denn im Zusammenhang mit der Unterzeichnung der „Charta 77“ in der CSSR und einer gemeinsamen Resolution mit westlichen Kommunisten gegen die Unterdrückung in den kommunistischen Ländern sagte unser Genosse Kreisky unlängst, er vertrete die Ansicht, daß der demokratische Wahrheitsbeweis jener westlichen Kommunisten (der sogenannten „Eurokommunisten“, also KPI, KPF oder KPSP) gegenüber jenen Ländern (DDR, CSSR oder SU) erst noch offen sei.

Diesen „westlichen Kommunisten“ gestehen wir also keinen Läuterungsprozeß zu, während unser Parteiobermann einen solchen sehr wohl dem Ex-SSler und FPÖ-Vorsitzenden zugesteht und dieser noch die Geschmacklosigkeit gehabt hat, gemeinsam mit unserem Bundeskanzler das Vernichtungslager Auschwitz zu besuchen.

Vielleicht kann mir ein Genosse oder eine Genossin der älteren Generation dies erklären.

Mit freundschaftlichen und herzlichen Grüßen
Euer

O. A. (Wien)

Soweit der Brief.

Vorerst aber eine kleine Richtigstellung: Das besuchte Vernichtungslager war nicht Auschwitz, sondern das Konzentrationslager Theresienstadt in der CSSR, das als Auffanglager für die Menschentransporte in die Gaskammern und Krematorien von Auschwitz diente.

Und nun, Genossinnen und Genossen, wer schreibt uns dazu eine Antwort? Vorausgesetzt, daß der Briefschreiber damit einverstanden ist, werden wir auch unseren Genossen Kreisky um seine Meinung zu diesem Brief bitten und ihm sagen, daß wir sie in der nächsten Nummer unserer Zeitung veröffentlichen möchten.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet:

Robert Blau, Ruth Lichtenberg, Rudolfine Muhr, Wolfgang Neugebauer, Alois Waschek.

Die „Zukunft“ in neuer Aufmachung

In neuer Aufmachung erscheint ab diesem Jahr die sozialistische „Zukunft“. Am Wesen der Zeitschrift selbst, als führendes theoretisches Organ der SPÖ, das auch Diskussionen breiten Raum gibt, wird sich nach dieser Neugestaltung nichts ändern. Allerdings erscheint sie nur mehr einmal im Monat, dafür aber in verstärktem Umfang.

Das Jänner-Heft 1977 enthält neben einem von sozialistischen Bildungswissenschaftlern gestalteten Symposium über Bildungsfragen und einem Beitrag von André Gorz (Paris) über die Krise der spätkapitalistischen Gesellschaft auch noch die folgenden Beiträge: „Sozialistische Internationale: Ausbruch aus dem Europa-Ghetto“ von Manfred Scheuch; „Von der Klassen- zur Massenpartei“ von Ernst Winkler; „Drei Parteivorsitzende diskutieren — Bemerkungen zu einem sozialdemokratischen Theoriebeitrag“ von Christian Fleck; „Zur Dramaturgie der Innenpolitik — Eine der Möglichkeiten, Wahlen zu verlieren“ von Victor Mihel sowie „Dichtung und Austromarxismus“ von Ernst Glaser. In der neuen „Zukunft“ findet man auch wie bisher die Rubriken „Politische Rundschau“ und „Das lebendige Buch“.

Aus dem Bundesvorstand

12. Februar 1934 — 12. Februar 1977

Ein Zitat Otto Bauers war das Motto der Gedenkfeier zum 12. Februar 1934, die am Samstag, dem 12. Februar 1977, im Wiener Kongreßhaus stattfand:

„Nur durch die Ersetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse durch sozialistische können die Wurzeln des Faschismus beseitigt werden.“

Der vom Sozialistischen Jugendrat Wien, der Dachorganisation aller sozialistischen Jugendorganisationen, Mitgliedern der Gemeinschaft von Angehörigen der Alt-SAJ und dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer veranstalteten Kundgebung wohnten mehr als 700 Personen bei.

Die Feier begann mit der Vorgeschichte des 12. Februar 1934 und zeigte die internationalen und spezifisch österreichischen Bedingungen für den Aufstieg des Faschismus und die Zerschlagung der Arbeiterbewegung.

Der Bogen wurde dann zur deutlichsten Form des heutigen Faschismus, den Militärregimes in Südamerika, gespannt. In einer bunten Folge wechselten Dias, Kurzreferate und musikalische Darbietungen der chilenischen Folkloregruppe „Arauco“ ab. Erschütternde Erlebnisberichte aus den Februartagen 1934 und von lateinamerikanischen Flüchtlingen, die heute in Österreich leben, vertieften den Eindruck, den die Kundgebung selbst bei allen Teilnehmern hervorrief.

30jähriger Bestand des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer

Am 10. Februar 1947 wurde der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer gegründet.

Dieses Jubiläum wird auf Beschluß des Bundesvorstandes im Rahmen der Bundeshauptversammlung 1977 gewürdigt werden.

Bundeshauptversammlung 1977

Die Bundeshauptversammlung 1977, die unter dem Motto „Freiheit — Sozialismus — Internationale Solidarität“ stehen wird, findet am Freitag, dem 29., und Samstag, dem 30. April 1977, statt.

Provisorische Tagesordnung

1. Eröffnung der Bundeshauptversammlung
2. Wahl des Präsidiums und der Kommissionen
 - a) Wahlkommission
 - b) Mandatprüfungskommission
 - c) Antragsprüfungskommission
3. Begrüßungsansprachen
4. 30 Jahre Aufgabe und Arbeit der Organisation
5. „Die sozialistischen Freiheitskämpfer in der Zweiten Republik“ (Referent: Genosse Josef Hindels)
6. Neuwahl des Bundesvorstandes
7. Allfälliges
8. Abschluß

Der Tagungsort wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

Gedenken an Friedrich Flußmann

Der Bundesvorstand legte am Sonntag, dem 19. Dezember 1976, anlässlich des fünften Todestages des Genossen Friedrich Flußmann einen Kranz an seiner letzten Ruhestätte nieder.

Viele Genossinnen und Genossen hatten sich um 9 Uhr beim Eingang zur Feuerhalle der Stadt Wien auf dem Wiener Zentralfriedhof versammelt und begaben sich schweigend zum Grab, wo unser Genosse Otto Skritek ergreifende Worte des Gedenkens für den Toten sprach.

15. Juli 1977

An diesem Tag werden es 50 Jahre sein, daß die Wiener Arbeiterschaft in einer spontanen Demonstration gegen den Freispruch faschistischer Mörder ihrer Empörung Ausdruck gab: 91 Tote und viele Schwerverletzte blieben auf dem „Schlachtfeld“ der Polizei...

Wir werden nicht nur dieses Opfer gedenken, sondern auch eine Broschüre herausgeben. In dieser Broschüre soll die historische Wahrheit gewürdigt und daran erinnert werden, daß die faschistische Reaktion stärker geworden ist.

Verschlussmarken. Der Bundesvorstand hat beschlossen, Briefverschlussmarken herauszugeben, die von den Landesverbänden und Bezirksgruppen bei ihrer Korrespondenz verwendet werden sollen. Diese Marken sind nun in kleinen Bogen herausgekommen und können in unserem Sekretariat angefordert werden.

Schleifen „Niemand vergessen“. Da wir wissen, daß bei Gräberbesuchen von unseren Genossinnen und Genossen immer wieder auch Blumen niedergelegt werden (dabei ist nicht an die offiziellen Kranzniederlegungen gedacht), haben wir kleine rote Schleifen mit dem Aufdruck: „Niemand vergessen“ — Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, aufgelegt, die von den Landesorganisationen und den Bezirksgruppen in Wien in unserem Sekretariat angefordert werden können.

Aus dem Wiener Landesverband

Landeshauptversammlung

Die Landeshauptversammlung findet so wie bisher üblich vor Beginn der Bundeshauptversammlung statt, also am Freitag, dem 29. April 1977, im gleichen Lokal wie diese. Beginn pünktlich um 8 Uhr.

Eiflerrunde

Schlußveranstaltung. Am 20. November 1976 veranstaltete die Eiflerrunde ihre letzte Zusammenkunft im laufenden Jahr als kleine Vor-Weihnachtsfeier für alle Mitglieder.

In seiner Begrüßungsrede erinnerte der Obmann, Genosse Karl Wolf, daß zugleich des 30jährigen Bestands unserer Runde zu gedenken sei. In seinem Rückblick gedachte er zuerst des Gründers der Eiflerrunde, des Genossen Anton Niederle, der zugleich ihr erster Obmann war, und gratulierte bei dieser Gelegenheit auch der anwesenden Genossin Marie Niederle zu ihrem 74. Geburtstag am 12. November 1976. Zu gleicher Zeit wurde auch die Genossin Leopoldine Mach beglückwünscht, welche am 6. November 1976 ihren 70. Geburtstag begangen hatte. Genosse Wolf überreichte beiden Genossinnen unter dem Beifall der Anwesenden je einen Strauß roter Nelken.

Nun waren vor 30 Jahren die Zusammenkünfte etwas schwieriger, denn man mußte nach den ersten Versammlungen jeden Monat in einen anderen Bezirk fahren, bis es endlich gelungen war, ein ständiges Domizil bei unserem Genossen Kührer zu finden. In seinem Lokal konnten wir sehr schöne und gut besuchte Veranstaltungen durchführen. Jedoch auch Genosse Kührer mußte sein Lokal wegen Erreichung der Altersgrenze aufgeben, und sein Nachfolger kündigte uns schon nach der ersten Zusammenkunft, und nun landeten wir wieder bei unserem Genossen Blauensteiner, der inzwischen die Restauration in der Königseggasse

gepachtet hatte. Doch nach einigen Jahren ging auch Genosse Blauensteiner in den wohlverdienten Ruhestand.

Nun waren wir neuerdings „obdachlos“, und nach längerem Suchen konnten uns die Favoritner Genossen, denen wir heute unseren Dank aussprechen, dieses schöne Lokal in der Per-Albin-Hansson-Siedlung vermitteln. Genosse Erich Berthold jun., dessen Vater bereits in der RS-Zeit illegale Zusammenkünfte gestattete, ist selbst unterstützendes Mitglied der Bezirksgruppe Favoriten. Nun haben wir wieder ein Heim gefunden, in dem wir unsere monatlichen Zusammenkünfte abhalten können.

Genosse Karl Wolf ersuchte alle Mitglieder, unsere Zusammenkünfte rege zu besuchen, und wünschte allen unseren Mitgliedern zum Abschluß seiner Ausführungen schöne Feiertage und ein gutes neues Jahr. Dabei überreichte er allen Genossinnen eine Bonbonniere.

Dann wurden Erinnerungen aus den Kampftagen ausgetauscht, und um 20 Uhr verabschiedeten sich die Mitglieder mit unserem Gruß „Freundschaft!“, nachdem noch unsere Genossin Bayer dem Genossen Karl Wolf im Namen aller Anwesenden für den schönen Nachmittagsgedank hatte.

Die Eiflerrunde geht mit Zuversicht in das 31. Jahr ihres Bestandes.

*

Die neue Anschrift. Die neue Anschrift der Eiflerrunde lautet nunmehr: Gasthaus Erich Berthold, Stockholmer Platz Nr. 16, 1100 Wien, Telefon 64 33 07. Wir bitten euch, die neue Anschrift vorzumerken.

Die Bezirke berichten:

Wieden

Ehrung für Paul Bernstein. Am 31. Dezember 1976 wurde unserem Obmannstellvertreter, Genossen Paul Bernstein, im Sozialministerium das Dekret über die Verleihung des Hofratstitels überreicht.

Die Bezirksgruppe Wieden gratuliert ihrem Obmannstellvertreter zu dieser wohlverdienten hohen Auszeichnung und wünscht dem neuen Hofrat für seinen Ruhestand noch viele gesunde Jahre. „Freundschaft!“, Genosse Bernstein!

Margareten

Unsere Sprechstunden. Wir machen unsere Genossinnen und Genossen darauf aufmerksam, daß die regelmäßigen Sprechstunden unserer Bezirksgruppe ab 1. Jänner 1977 nur mehr an jedem 2. und 4. Mittwoch des Monats zur gewohnten Zeit, nämlich von 18 bis 19 Uhr, stattfinden.

*

Jakob Lonek †. Unser Genosse Jakob Lonek ist am 12. November 1976 im Alter von 64 Jahren gestorben. Mit ihm ist wieder einer der treuen Sozialisten aus schwerer Zeit aus unserem Kreise getreten.

Favoriten

Filmvorführung. Für Mittwoch, den 9. Februar 1977, hatte die Bezirksgruppe zu einer Sondervorführung des Films „Der Dritte Grad“ in das Apollo-Kino eingeladen.

Dem Film, der in Griechenland entstand, liegt der Roman „Der Fehler“ von Antonis Samarkis zugrunde, in dem geschildert wird, nach welchen Methoden Polizei-„verhöre“ vor sich gehen, ganz gleich, ob es sich um den Terror, wie in dem Film gezeigt, vor dem Hintergrund der griechischen Szene handelt oder ganz allgemein um die raffinierten physischen Foltermethoden überall in der Welt, wo Diktaturen zu den Terrormethoden ihrer Geheimpolizei greifen, um nur an der Macht zu bleiben.

In dem Film haben hervorragende Schauspieler — Michel Piccoli, Ugo Tognazzi und Mario Adorf — eine außergewöhnliche Leistung vollbracht und das Ihrige dazu beigetragen, daß das aufrüttelnde Sujet zu einem packenden und zugleich verpflichtenden Erlebnis wurde.

Die Genossinnen und Genossen, die das große Apollo-Kino bis auf den letzten Platz füllten, erneuerten angesichts des Geschehens in diesem hervorragenden Spielfilm unser stetes Gelöbnis, niemals zu vergessen, wohin Faschismus und Diktatur die Menschheit geführt haben und noch immer führen. Der Film „Der Dritte Grad“ sollte wirklich einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden.

Daß kurze Zeit später in einer der ganz seltenen guten Stunden des ORF der Film „Das Geständnis“ in FS 2 gezeigt wurde (Dienstag, 15. Februar), war einer jener bezeichnenden Zufälle, die nicht hätten besser organisiert werden können.

Simmering

Februarkundgebung. Die Bezirksgruppe veranstaltete am Samstag, dem 12. Februar 1977, um 17.30 Uhr eine Gedenkundgebung im Sektionslokal 8, Wien 11, Strindberggasse 1.

*

Heinrich Petrik †. Plötzlich, mitten aus einem aktiven Leben für seine Familie, aber auch für die Bezirksorganisation Simmering, ist unser Genosse Heinrich Petrik am 2. Jänner 1977 herausgerissen worden. Unfaßbar war diese traurige Nachricht für seine Freunde.

Am 14. Oktober 1906 geboren, trat Genosse Petrik im Jahre 1927 unserer Partei bei. „Der Erde Glück, der Sonne

Pracht, des Geistes Licht, des Wissens Macht, dem ganzen Volke sei's gegeben! Das ist das Ziel, das wir erstreben!" lauten ein paar Zeilen aus dem Arbeiterlied „Sozialistenmarsch“. Diese Worte charakterisieren auch die Tätigkeit unseres Freundes Heinrich Petrik, der schon in der Ersten Republik in der Bildungsarbeit seine Aufgabe sah.

Selbstverständlich gehörte er auch dem Republikanischen Schutzbund an, wo er im 3. Zug der 1. Alarm-Kompanie des Bataillons Larenz Widholz organisiert war. Und am 12. Februar 1934 trat er mit an zur Verteidigung der Demokratie gegen den Ansturm des Faschismus.

Als er im Herbst 1946 aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrte, schloß er sich wieder jenem sozialistischen Verein an, mit dessen Aufgaben er sich immer verbunden fühlte: Dem traditionsreichen „Arbeiterbündlerbund Simmering — Stahlklang“, der am 26. Dezember 1945 neu gegründet wurde. Schon in der Ersten Republik war er Schriftführer des A. S. B. „Stahlklang“ — am 25. Jänner 1959 wurde er zum Obmann dieses Vereines gewählt.

Mit großem Unbehagen, wie er selbst 1976 in einem geschichtlichen Abriss über den „Arbeiterbündlerbund Simmering“ schrieb, sah er der Generalversammlung vom 4. Februar 1961 entgegen, bei der die Auflösung des Vereines beschlossen wurde. Neben seinen Leistungen für den Arbeitergesang war er seit dem Jahr 1951 im Bildungsausschuß der SPO Simmering tätig, wo er bis zu seinem plötzlichen Ende einer der aktivsten Mitarbeiter und der väterliche Freund der jungen Genossen war. Besonders der Solidaritätsarbeit für unsere chilenischen Genossen war er immer eng verbunden. Im Jahre 1956 erhielt er das silberne Sängerabzeichen und 1972 das Goldene Abzeichen der sozialistischen Freiheitskämpfer.

Unser Genosse Heinrich Petrik wird uns sehr fehlen. „Niemand vergessen!“

Hietzing

Februarkundgebung. Die Bezirksgruppe veranstaltete am Samstag, dem 12. Februar 1977, um 19.30 Uhr eine Gedenkkundgebung auf dem aus den Kämpfen in den Februartagen bekannten Goldmarkplatz. Die Kundgebung fand in Wien 13, Goldmarkplatz 1, statt.

Hernals

Gedenken an Josef Cmejrek. Anlässlich des fünften Todestages unseres unvergessenen Genossen Josef Cmejrek am 9. Februar 1977 legten wir gemeinsam mit dem Bundesvorstand auf seinem Grabe auf dem Hernalser Friedhof in Wien einen Kranz nieder.

Februarkundgebung. Die Bezirksgruppe veranstaltete am Sonntag, dem 13. Februar 1977, eine Gedenkkundgebung für die Opfer des 12. Februar 1934 im Hernalser Volks-Kino, Wien 17, Elterleinplatz 2. Beginn um 9 Uhr.

Karl Panek †. Am 29. Dezember 1976 ist nach langem und mit großer Geduld ertragenem Leiden der langjährige Obmannstellvertreter der Bezirksgruppe und ehemalige Bezirksvorsteher, unser Genosse Karl Panek, gestorben. Er wirkte schon seit dem Jahre 1923 in vielen und bedeutenden Funktionen in der Sozialdemokratischen Partei, war Schutzbündler, wurde im Jahre 1934 gemaßregelt und verhaftet.

Aber er hielt auch in der Zeit von 1934 bis 1945 als Revolutionärer Sozialist seiner Gesinnung die Treue.

Er war einer der ersten, die in Hernals die Bezirksorganisation der SPO wieder aufbauten, und vor allem seiner opferbereiten Hingabe, seinem Fleiß und seiner Tüchtigkeit verdankte es die SPO Hernals, daß auch die wirtschaftliche Basis für den Auf- und Ausbau geschaffen wurde. Ab 1947 war er Bezirksrat, und 1949 wurde er Hernalser Bezirksvorsteher. Seiner Aktivität und seiner Beharrlichkeit ist vor allem der Bau von Wohnhausanlagen, Parks und vielen Kinderspielplätzen, sowie die Erwerbung und Ausgestaltung des Schwarzenbergparks zu einem Erholungsparadies für die Wiener zu verdanken.

Genosse Panek war und ist für die Hernalser Bevölkerung ein echter Bezirksbürgermeister gewesen, und über Parteigrenzen hinweg schuf er sich einen festen Platz im Herzen der Hernalser. Im Jahre 1965 schied er aus seiner Funktion als Bezirksvorsteher und Obmannstellvertreter der SPO Hernals aus; aber bis zu seinem letzten Atemzug gehörte seine ganze Liebe seinem Heimatbezirk und der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Die Hernalser Sozialisten und vor allem die sozialistischen Freiheitskämpfer von Hernals werden ihren Gesinnungsfreund und vorbildlichen Sozialisten Karl Panek niemals vergessen!

Seinem Wunsch entsprechend, fand die Trauerfeier in aller Stille im engsten Familienkreis statt.



Brigittenau

Tag der offenen Tür. Unsere Bezirksgruppe beteiligte sich am 16. Oktober 1976 am „Tag der offenen Tür“, den die Partei veranstaltete, mit einer Ausstellung von Bildern der Opfer des Bezirkes.

Diese von uns gestaltete Ausstellung im Arbeiterheim hinterließ bei den Besuchern einen großen Eindruck. Auch die Mitglieder des Bezirksausschusses würdigten unseren Beitrag, und unser Bezirksobmann Genosse Karl Sekanina erklärte spontan, daß es sehr angebracht wäre, eine Gedenktafel für die Opfer des Faschismus unseres Bezirkes anzubringen.



Floridsdorf

Juliane Pokoj †. Wir haben wieder eine treue Genossin verloren; unsere Juliane Pokoj ist im 78. Lebensjahr von uns gegangen.

Sie war seit ihrer Jugend in der sozialistischen Bewegung tätig, bekam das Abzeichen für 25jährige Parteimitgliedschaft, das Goldene Abzeichen der sozialistischen Freiheitskämpfer und arbeitete im Bezirksausschuß als Funktionärin der Volkshilfe bis kurz vor ihrem Ableben.

Wir danken Genossin Juliane Pokoj für die Treue, die sie die ganzen Jahre hindurch bewiesen hat, und werden sie „niemand vergessen!“.

Liesing

Johann Radfux geehrt. Im Rahmen einer Feier in kleinerem Kreis, so wie er es sich auserbeten hatte, wurde unserem Genossen Johann Radfux am 21. Dezember 1976 in feierlicher Form das ihm vom Bundesvorstand verliehene Goldene Abzeichen unseres Bundes überreicht.

Genosse Radfux und alle Genossen, die dabei waren, wurden von tiefer Ergriffenheit erfaßt; denn die Freude über die ihm zuteil gewordene Auszeichnung ging unserem Genossen Radfux sehr nahe. Und mit bewegten Worten dankte er dem Bundesvorstand und der Bezirksgruppe herzlich für die Anerkennung.

Mathias Gam †. Die Beisetzung der Urne unseres am 6. Dezember 1976 verstorbenen Genossen Mathias Gam fand am 16. Dezember 1976 im Friedhof Wien-Mauer statt.

An der Beisetzung nahmen viele Genossinnen und Genossen teil, unter ihnen auch der frühere Bezirksvorsteher Genosse Johann Radfux. Für unsere Bezirksgruppe war unser Genosse Packes gekommen. „Niemand vergessen!“

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Sprechstunden des Landesverbandes. Die Sprechstunden des Landesverbandsobmannes (oder seines Stellvertreters) finden jeweils jeden 1. Dienstag im Monat von 9 bis 11 Uhr im Sitzungszimmer des Landespartei sekretariats der SPO, Wien 1, Grillparzerstraße 14, 4. Stock, statt.

Vertretung der Freiheitskämpfer. Auf dem letzten Landesparteitag wurde beschlossen, Vertreter der sozialistischen Organisationen in die erweiterten Bezirksausschüsse der SPO zu kooptieren.

Unsere Bezirksgruppenobmänner haben dadurch nun die Möglichkeit, an den Sitzungen der erweiterten Bezirksausschüsse der Partei teilzunehmen.

Der Sozialisten-Prozeß im Wahlkreis Wr. Neustadt. Ähnlich wie in Wien fand in der Zeit des grün-weißen Faschismus auch im Kreisgericht Wiener Neustadt ein Prozeß gegen sozialistische Funktionäre statt.

Wir ersuchen die Genossen, uns Daten, Akten oder anderes Material über diesen Prozeß zur Verfügung zu stellen, damit Fotokopien oder Fotos angefertigt werden können.

Neunkirchen. Otto Gerhartl 70 Jahre. Man sieht es „unserem“ Otto nicht an — aber es stimmt: Am 26. Februar 1977 feiert unser Obmann seinen siebzigsten Geburtstag! Genosse Otto Gerhartl strahlt trotz dieses Datums nach wie vor jugendliche Frische und Agilität aus.

Abgesehen von seiner Tätigkeit in der Arbeiterbewegung vor 1934 und in der Illegalität, erwarb sich Genosse Gerhartl als Bezirkssekretär und später als Bezirksobmann sowie als Bürgermeister und Landtagsabgeordneter von Neunkirchen große Verdienste.

Der Landesverbandsvorstand, dem er übrigens als Mitglied angehört, und ebenso seine vielen Freunde im Bezirk Neunkirchen wünschen ihm auch für die Zukunft alles Beste!

Mödling. Alexander Fritsch †. Genosse Alexander Fritsch kam schon in jungen Jahren nach Mödling, wo er sich der sozialdemokratischen Jugendbewegung anschloß, bei den Kinderfreunden tätig war und Mitglied unserer Kulturorganisationen wurde. Später war er Bildungsreferent der Bezirksorganisation Mödling der Sozialdemokratischen Partei und Leiter ihrer Bibliothek; er baute sie aus und konnte viele Leser aus dem Kreis der arbeitenden Menschen gewinnen. Genosse Fritsch war auch der Verbindungsmann zur Kunststelle der Partei, die damals vielen Genossinnen und Genossen die Teilnahme an Konzerten und Theatervorstellungen erst ermöglichte.

Als gelernter Kaufmann war er zuerst im Konsum beschäftigt und ab 1912 (mit zweijähriger Unterbrechung aus politischen Gründen) bis zu seinem 65. Lebensjahr Krankenkassenbeamter.

Im Jahre 1934 wurde Genossen Fritsch seine Lieblingsbeschäftigung genommen: Die Arbeiterbücherei wurde beschlagnahmt. Schon bald nach Beginn der illegalen Tätigkeit der Revolutionären Sozialisten im Bezirk Mödling stellte er seine Wohnung für die Besprechungen des Bezirkskomitees der RS zur Verfügung, an denen oft auch die als Gretl Maier im Untergrund lebende Genossin Maria Emhart als Vertreterin des Zentralkomitees teilnahm. Bei einer dieser Sitzungen war auch jener Josef Stöckl dabei, der später die RS-Funktionäre der ganzen Südbahnstrecke der Polizei preisgab. Genosse Fritsch wurde verhaftet und angeklagt, wurde aber, da man ihm eine direkte Schuld nicht nachweisen konnte, freigesprochen. Daraufhin kündigte ihm die gleichgeschaltete Genossenschaft seine Wohnung.

Nach dem Jahre 1945 widmete sich Genosse Fritsch voll und ganz der Wiedereinrichtung der Bibliothek und konnte sie mit Unterstützung der Gewerkschaft wesentlich erweitern. Bei der Feier des 45jährigen Bestandes im Jahre 1965 wurde er in Anwesenheit des Genossen Luitpold Stern geehrt.

Für seine illegale Tätigkeit verlieh ihm der Bundesvorstand der Freiheitskämpfer das Goldene Abzeichen. Und noch im November des Vorjahres besuchte ihn bei einem Aufenthalt in Wien die Genossin Maria Emhart, mit der er sich angeregt unterhielt; Mitte Dezember konnten ihm seine Freunde aus Pötsching, Neunkirchen und Mödling noch zu seinem 84. Geburtstag gratulieren.

Sie und alle, die unseren Xandl kannten, werden ihm immer ein freundschaftliches Gedenken bewahren.

Gedenkfahrt nach Oradour. Der Landesverband Niederösterreich plant eine Reise nach Oradour, jenem Ort in Frankreich, der während des Krieges so wie Lidice von der SS völlig zerstört worden ist.* Geplant ist ferner ein Solidaritätstreffen mit französischen Sozialisten und Mitgliedern der Résistance. Die Gedenkfahrt wird voraussichtlich am (7.) 8. Mai 1977 beginnen und bis 15. Mai 1977 dauern.

Auf vielfachen Wunsch wird auch eine Autobusreise organisiert, die das gleiche Reiseziel hat. Und nun nochmals das vorläufige Reiseprogramm:

Autobusreise

1. Tag: Wien—Straßburg
2. Tag: Straßburg—Paris
3. Tag: Stadtrundfahrt „Modernes Paris“ (Nachmittag frei)
4. Tag: Paris—Versailles—Chartres—Tours
5. Tag: Tours—Poitiers—La Rochelle (Nachmittag frei)
6. Tag: La Rochelle—Cognac—Angoulême—Oradour—Limoges
7. Tag: Limoges—Orleans—Limoges (Nachmittag frei)
8. Tag: Limoges—Lyon—Genf—Zürich
9. Tag: Zürich—Feldkirch—Innsbruck—Wien

Die Kosten für die Autobusreise werden ungefähr S 4200.— betragen. (Acht Nächtigungen in Zweibettzimmern mit Dusche, Halbpension.)

Flugreise

1. Tag: Flug Wien—Paris (Nachmittag frei)
2. Tag: Stadtrundfahrt „Historisches Paris“ (Nachmittag frei)
3. Tag: Stadtrundfahrt „Modernes Paris“ (Nachmittag frei)
4. Tag: Paris—Versailles—Chartres—Tours
5. Tag: Tours—Poitiers—La Rochelle (Nachmittag frei)
6. Tag: La Rochelle—Cognac—Angoulême—Oradour—Limoges
7. Tag: Limoges—Orleans (Nachmittag frei)
8. Tag: Orleans—Paris, Flug Paris—Wien

Die Kosten für die Flugreise werden ungefähr S 5750.— betragen. (Sieben Nächtigungen in Zweibettzimmern mit Dusche, Halbpension.)

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 10—12, Dezember 1975, Seite 18.

Teilnahmeberechtigt sind nur Mitglieder unseres Bundes und ihre Angehörigen. Gäste, die von Mitgliedern empfohlen sein müssen, können nur dann teilnehmen, wenn freie Plätze zur Verfügung stehen sollten. (Anmeldegebühr S 200.—.)

Auskünfte beim Landesverband Niederösterreich, 1010 Wien I, Grillparzerstraße 14, Telefon (0 22 2) 42 42 61. Weitere Informationen folgen.

Film über Israel. Unsere Bezirksgruppen haben die Möglichkeit, im Rahmen von Mitgliederversammlungen oder anderen Veranstaltungen den Film über unsere Reise nach Israel vorzuführen. (Dauer 40 Minuten.) Terminwünsche mögen dem Landesverband ehestens bekanntgegeben werden.

Oberösterreich

Mitgliederzusammenkunft. Am 11. Dezember 1976 fand im Arbeiterheim Kleinmünchen, Zeppelinstraße 29, eine Zusammenkunft der Linzer Genossinnen und Genossen unseres Bundes statt, die einen schönen und sehr befriedigenden Verlauf nahm. Landesobmann Genosse Adalbert Meissner konnte außer den erschienenen Mitgliedern Genossen Doktor Ernst Koref und seine Tochter, unsere Genossin Dr. Beatrix Eypeltauer begrüßen. Auch den Vertreter der Sektion Kleinmünchen, Genossen Alfred Gruber, schloß er in seiner Begrüßung ein. Als Referent konnte Genosse Adalbert Meissner unseren Genossen Otto Libal willkommen heißen.

Mit viel Beifall wurden die inhaltreichen Worte des Seniors der Linzer Sozialistischen Partei, unseres Genossen Ernst Koref, bedankt. In seinen Ausführungen fand er viel Anerkennung der sozialistischen Freiheitskämpfer.

Genossin Dr. Beatrix Eypeltauer brachte einen Bericht über den 11. Bundesdelegiertentag des Verbandes der österreichischen Widerstandskämpfer (KZ-Verband), der kürzlich in Mauthausen stattfand. Mit Recht verlangte sie innerhalb der Jugend mehr Aufklärung über die Zeit der Nazibarbarei, und sie fand für ihre Ausführungen stürmischen Beifall.

Genosse Otto Libal beschäftigte sich in seinem Referat mit dem letzten Linzer Parteitag und der gegenwärtigen politischen Lage. Mit einem Ausblick auf die Zukunft der Sozialistischen Partei schloß er sein Referat, das mit großem Interesse aufgenommen wurde. (Opferfürsorgegesetz.)

Nach dem gemeinsamen Mittagessen kam Genosse Josef Schramayr zu Wort. Sein Film „Erlebtes Tunesien“, in seinem letzten Urlaub aufgenommen, begeisterte, wie erwartet, alle Anwesenden. In herrlichen Aufnahmen zeigte uns Genosse Schramayr die Schönheiten Tunesiens. Einen herzlichen Dank für seine schönen Darbietungen konnte er am Ende seiner Vorführung entgegennehmen.

Um 14 Uhr schloß Genosse Adalbert Meissner mit Dankesworten an alle Anwesenden, vor allem an die Funktionäre, die mitgeholfen hatten, die Mitgliederzusammenkunft so klaglos zu gestalten, und einem „Niemals vergessen!“ die Veranstaltung.

Salzburg

Sepp Weisskind †. Unser Genosse Sepp Weisskind, in den sechziger Jahren Salzburgs populärster Landespolitiker, ist am Samstag, dem 29. Jänner 1977, nach langem, schwerem Leiden kurz vor Erreichung seines 63. Lebensjahres gestorben.

Er war von 1945 bis 1971 ununterbrochen in der Salzburger Landespolitik tätig; ein Mann der ersten Stunde, der beim Wiederaufbau Salzburgs und bei der Neuformierung der SPÖ in diesem Lande wesentlichen Anteil hatte. Als Landesobmann der Kinderfreunde, Funktionär des Freien Wirtschaftsverbandes, als stellvertretender Landesparteivorsitzender und Mitglied des Landesparteivorstandes, als Landesparteikassier und Mitglied des Bundesparteivorstandes war er für die sozialistische Bewegung in führender Funktion tätig.

Die mehr als zwei Jahrzehnte währende Amtszeit Weisskinds als Landesrat für das Sozialwesen und die Gesundheitspolitik war eine Zeit großer sozialer Fortschritte und Reformen im Lande Salzburg.

Mit Sepp Weisskind haben das Land Salzburg und die Sozialistische Partei in diesem Land einen Menschen verloren, dessen Bescheidenheit und soziales Empfinden beispielhaft waren und dessen Wirken für die Sozialpolitik im Lande Salzburg und für die sozialistische Bewegung stets Vorbild bleiben wird.

Steiermark

Kapfenberg. Max Grabner †. Die Bezirksgruppe Kapfenberg beklagt den Verlust ihres Mitgliedes Max Grabner, der nach schwerem Leiden kürzlich im Alter von 94 Jahren verstorben ist. Genosse Grabner war an den Februarkämpfen 1934 als aktiver Schutzbündler beteiligt und mußte daher viele Monate im Kerker verbringen.

Die Bezirksgruppe Kapfenberg wird dem verstorbenen Mitglied stets ein ehrendes Gedenken bewahren. „Niemals vergessen!“

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, welche für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte mit einer Zeile Zwischenraum (zweizeilig) abzufassen und den Bogen Papier immer nur einseitig zu beschreiben.

Herrn
 Wilem Eduard
 Voltgasse 28-30/18/3/11
 1210 WIEN

Erscheinungsort Wien
 Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden
 an den Absender

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien 5, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- | | |
|--|---------------------------------------|
| 2, Praterstern 1 | Di. 16 bis 18 Uhr |
| 3, Landstraßer Hauptstraße 96 | Jeden 1. und 3. Mi. 17 bis 19 Uhr |
| 4, Wiedner Hauptstraße 60 b | Jeden 2. u. letzten Mi. 18 bis 19 Uhr |
| 5, Siebenbrunnenfeldg. 5/Stiege 6/
Parterre links | Jeden 2. u. 4. Mi. 18 bis 19 Uhr |
| 6, Otto-Bauer-Gasse 9 | Di. 18 bis 19 Uhr |
| 7, Neubaugasse 25 | Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr |
| 8, Josefstädter Straße 39 | Do. 17 bis 18 Uhr |
| 9, Marktgasse 2/I | Di. 16 bis 18 Uhr |
| 10, Laxenburger Str. 8/10/I | Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr |
| 11, Simmeringer Hauptstraße 80 | Jeden 2. u. 4. Di. 18 bis 19 Uhr |
| 12, Ruckergasse 40 | Mi. 17 bis 18 Uhr |
| 13, Jodlgasse 7/III | Do. 17.30 bis 18.30 Uhr |
| 14, Linzer Straße 297 | Jeden 2. Mi. 17 bis 18 Uhr |
| 15, Hackengasse 13 | Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr |
| 16, Zagorskigasse 6 | Do. 18 bis 19 Uhr |
| 17, Röttergasse 29 (Mieterverein.) | Mo. 17 bis 18 Uhr |
| 18, Gentzgasse 62 | Jeden 1. Mo. 17.30 bis 20 Uhr |
| 19, Billrothstraße 34 | Di. 17 bis 19 Uhr |
| Opferfürsorge | Jeden 1. u. 3. Do. 18 bis 19 Uhr |
| 20, Raffaelgasse 11 | Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr |
| 21, Prager Straße 9 | Jeden 2. Di. 17.30 bis 18.30 Uhr |
| 22, Donaufelder Str. 259 | Jeden 2. Mo. 18 bis 19 Uhr |
| 23, Breitenfurter Straße 358 | Jeden 1. u. 3. Mo. 18 bis 19 Uhr |

in unseren Fachgruppen

Polizei

- 1, Löwelstraße 18, 4. Stock (nach telef. Vereinbarung)

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Landesverband NÖ, Grillparzerstr. Nr. 14/III, Wien 1, Landespartei-sekretariat der SPÖ Jeden 1. Di. 9 bis 11 Uhr
- Baden, Wassergasse 31, Bezirkssekretariat der SPÖ Jeden 1. Freitag 10 bis 12 Uhr
- Mödling, Hauptstraße 42, Bezirkssekretariat der SPÖ Jeden 1. Samstag 9.30 bis 11 Uhr
- Wreustadt, Wiener Straße 42, Bezirkssekretariat der SPÖ Jeden 1. Samstag 10 bis 12 Uhr
- St. Pölten, Prandtauerstraße 4, Bezirkssekretariat der SPÖ Jeden 1. Freitag 9 bis 11 Uhr
- Schwachat, Rathausplatz 7, Bezirkssekretariat der SPÖ Jeden 1. Freitag 14.30 bis 16 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Permayerstraße 2, Bezirkssekretariat der SPÖ Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44, II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und Arbeiterkammergebäude Tägl. außer Sa. 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/I, Zimmer 3, Hotel „Schiff“, Hoftrakt Jeden 1. u. 3. Mi. 16 bis 18 Uhr
- Steyr, Damberggasse 2, Gasthof Gamsjäger Jeden 1. Di. 16 bis 17 Uhr

Salzburg:

- Salzburg, Arbeiterheim, Paris-Lodron-Straße 21, II. Stock, Zimmer 56 Jeden Di. u. Fr. 8 bis 10 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Zimmer 17 Jeden 1. Mittwoch 17 bis 19 Uhr
- Bruck an der Mur, Schillerstraße 22
- Kapfenberg, Volksheim (Zimmer 14), Wiener Straße Jeden 2. Mittwoch 18 bis 19 Uhr

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer: 22. März 1977